SDS

info 21

Zu den September-Streiks

Inhalt

Presseerklärung des Bundesvorstandes zu den September-Streiks 1

Zum Tode von Guido Inti Peredo 2

M.Weisfeld(Projektgruppe Ruhrkampagne Berlin):
Die ökonomischen Umstände der Streiks 5

Bericht eines Klöckner-Arbeiters 7

H.Schauer: Die Gewerkschaften in der Streikbewegung im September 69 11

W.Lefèvre: Einige Konsequenzen aus der Streikbewegung im September 69 für unsere Arbeit 16

Thesen zur Berichterstattung über den Streik in der bürgerlichen Presse 36

Beispiele zur Streik-Agitation des SDS:
- Saarbrücken 23
- Frankfurt 26
- Hannover 30
- Heidelberg 33

Betriebsprojektgruppe Heidelberg/SALZ:
Den Kampf gegen die Einführung der analytischen Arbeitsbewertung mit der großen Streikbewegung verbinden 38

Basisgruppe Bornheim(Frankurt):
Die Stabilisierung des Kapitalismus in der Bundesrepublik 43

Vorbemerkung

Die Zusammenstellung dieser Flugblätter und Inteppretationsversuche zu den großen Streiks in der Stahlindustrie und im Bergbau ist zufällig und unzureichend.
Der SDS hat auf diese Streiks - von ihnen tatsächlich überrascht - überall in der Bundesrepublik reagiert, indem er versucht hat, zu den Arbeitern Kontakt aufzunehmen und Interpretationshilfen zu liefern. Von nahezu allen Gruppen sind vor den Betrieben Flugblätter verteilt worden, in Berlin und Frankfurt wurden Solidaritätskundgebungen als Diskussionen organisiert, in deren Rahmen die Frage nach dem Selbstverständnis der Studentenbewegung und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse diskutiert wurde. Festzustellen ist, daß die gemeinsame Vorbereitung auf das Flugblatt-Schreiben, Verteilen, auf teach-ins etc. die Zusammenarbeit von Gruppierungen hervorgebracht hat, die vorher nur über die Kneipe oder das Gerücht kommuniziert haben. So haben Diskussionen stattgefunden, die jetzt als strategische Verständigung zwischen den Gruppierungen verstärkt werden müssen, um eine Festlegung der neuen Aufgaben zu erreichen.

Diese Diskussion sollte von vornherein nicht nur als Gruppendiskussion geführt werden, sondern sich auf breitester Basis vollziehen. Die Publikationsorgane wie APO-Press in Hamburg, SC-Info in Frankfurt, RPK, FRID in Freiburg etc. sowie die überregionalen (wie SDS-INFO und nk) sollten für diese Diskussion benutzt werden. Darüberhinaus bestehen viele Möglichkeiten zur Publikation von Diskussionsergebnissen in Broschüren, die bisher nicht ausgenutzt wurden. Vor allem sollte versucht werden, hier Kommentare zu Berichten von Gruppen zu verfassen, die allererst Diskussionen provozieren können.

BV

Erklärung des BV zu den September-Streiks

Den jahrelangen Versprechungen Schillers und den Stillhalteappellen der Gewerkschaftsfunktionäre haben die Arbeiter im Bergbau, in der Stahl-und Metallindustrie die richtige Antwort erteilt. Anstatt den Ausgang des Wahlkarussels und die Rücknahme aller Wahlversprechen in den Koalitionsverhandlungen abzuwarten, anstatt wie 1961 und 1965 die Preissteigerungswelle nach der Wahl geduldig über sich ergehen zu lassen, anstatt weiter Tarifverhandlungen hinter verschlossenen Türen zu vertrauen, haben sie in dem Augenblick, in dem die Unternehmerparteien um das Wohlwollen ihres Stimmviehs buhlen, den Kampf um ihre berechtigten Lohninteressen dort aufgenommen, wo sie stark sind: im Betrieb.

Die Arbeiter haben begonnen, für ihre Interessen zu kämpfen. Die bürgerliche Presse versucht, die Arbeiter durch manipulative Informationen voneinander zu isolieren; die Parteien und die bürgerlichen Kommentatoren basteln an einer Theorie der nationalen Schande im Verlust des Arbeitsfriedens und an Verschwörungstheorien; die Gewerkschaften zwingen mit den Unternehmern die Arbeiter zur Annahme lächerlicher Kompromisse.

Der SDS und due Basisgruppen der Arbeiter, Lehrlinge und Schüler werden versuchen, die manipulative Isolierung der Streikenden von ihren Kollegen durch Flugblattkampagnen überall in der BDR zu durchbrechen.

Darüberhinaus sind Beobachtergruppen des SDS in die Streikzentralen gefahren, um sich an Ort und Stelle über den Streikverlauf zu informieren.

Frankfurt a.M., den 5.September 1969

STREIK IN WESTDEUTSCHLAND, aus RPK Nr. 30, 12.9.

Entstehung und Verlauf des wilden Streiks im Ruhrgebiet, Bremen und dem Saarland geben Aufschluss über die Entwicklung der Widersprüche des bundesrepublikanischen Spätkapitalismus. Auszugehen ist von der Wirtschaftsrezession 1966/67, die bekanntlich mit folgenden Methoden der konzertierten Aktion aufgefangen werden konnte:

a) Einleitung einer Exportoffensive
b) Einfrieren der Löhne durch langfristige Tarifverträge und geringe Steigerungsraten der Löhne
c) Umschulungsmassnahmen, Abwiegelung und Disziplinierung der Arbeiter durch die Gewerkschaften
d) Infrastrukturmassnahmen des Staates zur Mobilisierung von Kapital und Arbeit
e) Intensivierung des Kapitalakkumulationsprozesses und der Rationalisierung

Mittels dieses Katalogs "konzertierter Massnahmen" wurde der Konjunkturaufschwung eingeleitet, der sich inzwischen zu einer Überkonjunktur entwickelt hat. Der Umsatz der einzelnen Branchen stieg durchschnittlich um 15%, der der expandierenden Industrien um über 20%. Infolge des Exports, der gesteigerten Inlandsnachfrage, einer enorm gesteigerten Ausbeutung und der eingefrorenen Löhne stiegen die Konzerngewinne drei mal schneller als die Nominallöhne.

Die sich abzeichnenden Widersprüche wurden zuerst als verschärfte internationale Konkurrenz der verschiedenen staatsmonopolistischen Gesellschaften sichtbar. Die permanente Währungskrise, insbesondere die Franc-Abwertung, war deutlicher Ausdruck hierfür. Die Nichtaufwertung der DM bedeutet, dass sich die expandierenden Industrien -und innerhalb dieser die Grosskonzerne - durchgesetzt haben. Der Exportanteil dieser Konzerne beträgt zwischen 30 und 50%. Aufgabe der gegenwärtigen Warenexportoffensive ist die längerfristige Durchführung einer Kapitaloffensive, die gleichfalls begonnen hat.

Der neoimperialistischen Expansion nach aussen ging einher im Inneren eine gesteigerte Ausbeutung der Arbeiterklasse. Der durchschnittliche Produktivitätszuwachs betrug 8%, verbunden mit steigenden Arbeitsanforderungen, höheren Unfallraten, Überstunden - alles bei den inzwischen völlig unangemessenen Tariflöhnen. Es stellte sich heraus, dass die langfristig abgeschlossenen Tarifverträge durch Drückung der Lohnkosten Exportprofite garantierten.

Seit Juli/August mehrten sich im Ruhrgebiet kurzfristige Streiks, die jedoch überwiegend auf die jeweiligen Abteilungen beschränkt blieben. Gleichzeitig fand eine weitere Vorbereitungsphase statt, indem "plötzlich" zu geringe Hitzegelder, unzureichende Teeversorgung für die Hochofenarbeiter, die sanitären Einrichtungen Gegenstand verstärkter Kritik wurden.

Diese Entwicklung blieb den Gewerkschaften nicht unbekannt. Der Chef der IG Bergbau bat am 15. August die Konzerne, doch die Lohnverhandlungen vorzuziehen (der Tarifvertrag läuft erst im Dezember ab). Am 18. August wurden die Arbeitsdirektoren beim Arbeitgeberverband Eisen/Stahl vorstellig, um über die steigende Unruhe unter den Arbeitern zu berichten; vergeblich ! Insgesamt ist das eine bekannte Demonstration gewerkschaftlicher Mitbestimmung. Anfang September wurde für die metallverarbeitende Industrie ein neuer Tarifvertrag ausgehandelt, für den Bremer von den Konzernen gelobt wurde: 8% Lohnerhöhung, lange Laufzeit, nur sehr allmähliche Verlängerung der Urlaubs und Verkürzung der Arbeitszeit. Wie bekannt, wurden die Verhandlungen zentral und geheim geführt. Mit diesem Vertrag wurden die Gewerkschaften Opfer ihrer eigenen bürokratischen Tarifpolitik. Zum einen regte sich Widerspruch innerhalb der metallverarbeitenden Industrie, zum anderen sahen die Arbeiterfraktionen, deren Verträge erst zum Jahresende kündbar waren, nicht mehr ein, warum sie aufgrund dieser rechtlichen Konstruktionen auf sofortige Lohnerhöhungen verzichten sollten. Der abgeschlossene Tarifvertrag stimulierte die Stellung eigener Forderungen. Die Streiks sind also einmal Konsequenz einer konjunkturell bedingten verschärften Ausbeutung, die sich besonders in der Stahlindustrie auswirkte. Nach mehreren mageren Geschäftsjahren versuchten die Konzerne die Gunst der Stunde durch verschärfte Produktionssteigerungen zu nutzen. Zum anderen sind sie insoweit gegen die Gewerkschaften gerichtet, als gerade durch die Praxis bürokratischen Aushandelns deutlich wurde, daß die Interessen der Arbeiter nicht mehr vertreten wurden.

Zu den konjunkturell bedingten und den von den Gewerkschaften selbst hervorgerufenen Ursachen der Streiks, kommen jedoch noch wichtige strukturelle. Die strukturellen Ursachen sind einmal für den Streikverlauf von Bedeutung, darüber hinaus legen sie einige Methoden der Gewinnung von Extraprofiten offen.

Beschleunigt durch die Rezession und die internationale Konkurrenz haben Kapitalakkumulationsprozesse durch Konzernvergrösserungen sowie innerhalb der Konzerne verstärkte Rationalisierungsmassnahmen stattgefunden. 1966 wurden die Hoesch AG und die Dortmund-Hörder Hütten Union fusioniert, ohne dass eine Lohnangleichung stattfand. Der fusionierte Konzern erwirtschaftete also zusätzliche Profite, indem er für gleiche Arbeit unterschiedliche Löhne zahlte. Da die Konzernleitung auf Verhandlungsforderungen des Betriebsrates, der für die Hoesch-Werke Westfalenhütte, Phoenix und Union eine einfache Angleichung verlangte, mit Hinhaltetaktik beantwortete, beschloss die Vertrauensleuteversammlung den Streik, nachdem eine erneute Dividendenerhöhung bei Hoesch bekannt wurde. Ähnlich gelagert ist der Rheinstahl-Konzern, der als nächster und am intensivsten bestreikt wurde. Der Konzern bersuchte aus seiner schlechten Gewinnlage über eine Reorganisation der Produktion herauszukommen. Längerfristig wird diese Reorganisation die Stillegung einiger Abteilungen und Werke bedeuten; kurzfristig bedeutet sie eine verschärfte Konkurrenz der produktionsgleichen Betriebe untereinander. Die schwache Gewinnlage, die Tendenz, bestimmte Betriebe stillzulegen, sowie die Lohndifferenzierung durch betriebliche Konkurrenz führten zu unterschiedlichen und relativ zurückbleibenden Löhnen, also zu Erzielung von zusätzlichen Profiten in der gegenwärtigen Konjunkturlage.

Für Klöckner in Bremen und Osnabrück spielen regionale Lohndifferenzen für die dort besonders hart geführten Auseinandersetzungen ebenfalls eine Rolle. Aufgrund der günstigen Ar-

beitsmarktstruktur sind dort die Löhne hinter den Löhnen der Stahlarbeiter im Ruhrgebiet zurückgeblieben. Die streikenden Arbeiter in Bremen und Osnabrück wollen über den Streik einen gewaltsamen regionalen Lohnausgleich herbeizwingen.

Ähnliches gilt für den Streik der Bergarbeiter im Saargebiet. Während der Rezession wurden die staatlichen Gelder vorwiegend in das Ruhrgebiet gepumpt, so daß im Saargebiet sehr viel geringere Strukturbereinigungen stattgefunden haben. Diese beibehaltene Strukturkrise, verschärft durch eine gewisse ländliche Reservearmee, führten zu einem allgemeinen Zurückbleiben der Löhne, insbesondere aber im Bergbau. Lohnangleichung und die Forderung nach vorgezogenen Lohnerhöhungen (der Tarifvertrag ist im Bergbau erst zum Jahresende hin kündbar). Dies dürfte dort mit wesentliche Ursache der Streiks gewesen sein. Insgesamt gehört das Saargebiet heute zu den strukturschwächsten Industriegebieten. Die Franc -Abwertung machte sich aufgrund der Absatzorientierung nach Frankreich am stärksten bemerkbar. Die Exporteinbußen lassen dem Saarland bei dem nächsten Konjunkturabschwung einen bevorzugten Platz zukommen.

Untersucht man nun Organisation und Klassenbewußtsein der streikenden Arbeiter, so ist die Einschätzung der Gewerkschaften einfach, die der DKP nicht sehr viel schwieriger.

Aus dem bislang Dargelegten ist deutlich geworden, daß diese Streiks zum Teil wenigstens gegen die Gewerkschaften geführt wurden. Sie sind derzeitig damit beschäftigt, durch radikale Forderungen (14 %ige Lohnerhöhung) und Vorverlegung der Tarifverhandlungen abzuwiegeln. Die Gewerkschaftsbürokratie hat an den Streiks keinen Anteil. Die Kompromißvorschläge, die die Betriebsräte ausgehandelt haben, sind von den Arbeitern abgelehnt worden (Hoesch, Eisenwerke Neunkirchen).

Die DKP war auf die Streiks insgesamt als Partei nicht vorbereitet, Arbeitskämpfe waren nicht 'geplant'. Die Analyse der im August erschienenen DKP-Betriebszeitungen ergibt, daß sich diese auf den Wahlkampf in Form von Anti-NPD- Agitation konzentrierten. Sekundär beteiligten sie sich an der anfangs beschriebenen 'Motzerei'. Von einer zentral vorbereiteten Lohnkampagne kann keine Rede sein.

Wichtig ist, daß die DKP-Betriebsgruppe tatsächlich Kaderaufgaben während der letzten Monate wahrgenommen hat. Sie war daher aktionsfähig, als die Forderungen des Betriebsrates nach Lohnangleichung vom Konzern erneut hinhaltend beschieden wurden und die Dividendenerhöhung bekannt wurde. (Einzelheiten siehe Hoesch-Bericht). Am Montagabend wurden die Vertrauensleute über telefonisches Schneeballsystem mobilisiert, am Dienstag früh der Streik ausgerufen, der schwerpunktmäßig in den Stahlwerken I und II sowie dem Walzwerk begann. Er war von vornherein nicht als Abteilungsstreik konzipiert. Die Eroberung eines werkseigenen Feuerwehrwagens mit Lautsprechern sowie die Bildung einer Delegation, die durch alle Abteilungen zog, führte zur Durchsetzung des allgemeinen Streiks.

Insgesamt läßt sich die Dialektik von allgemeinen Entwicklungstendenzen, konzernspezifischerKonkretion, Aktionsbereitschaft der Arbeiter-Kader, Agitation der Vertrauensleute und Spontaneität der Arbeiter für Hoesch relativ gut beschreiben.

Zweifelsohne hatte der Streik in der Westfalenhütte für andere Betriebe Initialcharakter, die Spontaneität nahm mit der Ausweitung der Streiks zu; gleichzeitig lassen sich jedoch gewisse überbetriebliche Organisationsstrukturen aufzeigen: Die DKP versucht seit längerem, konzernspezifische Beratungen ihrer Kader durchzuführen. Zumindest für Hoesch und Rheinstahl haben diese Beratungen lange vor Streikausbruch begonnen. Bei der völligen Isolierung der betrieblichen Vertrauensleute und Betriebsräte voneinander hat die DKP mit dieser Taktik den Erfolg: an diesen Beratungen nehmen zunehmend die Sympathisanten teil. Für die Streiks standen damit kommunikationsfähige informelle Kader zur Verfügung, allerdings unter strikter Kontrolle der Partei: Diese Organisation ermöglichte eine schnelle und gezielte Information und Agitation der anderen Hoesch-Werke und Konzerne.

Während des Streiks ist die DKP nicht als Partei aufgetreten, ihre Kader agitierten ausschließlich als Arbeiter. Des weiteren ist kennzeichnend für die Taktik der Partei, daß auftretende Konflikte zwischen Vertrauensleuten und der Streikführung einerseits, sowie den Betriebsräten und Gewerkschaften andererseits von ihr möglichst verkleistert wurden. Ansätze einer prinzipiellen Kritik des Betriebsrates wurden personalistisch gewendet: einzelne Betriebsräte haben versagt. Offiziell ausgegeben wurde eine Strategie der Arbeitsteilung zwischen Streikführung und Betriebsrat. Letzterer an die Betriebsfriedenspflicht gebunden, habe die Aufgabe mit den Konzernen zu verhandeln, die Streikleitung dagegen die Aufgabe der Agitation; ein Verfahren, daß der Strategie der Ausweitung der Mitbestimmung ebenso Rechnung trägt, wie der Verhinderung radikaler Aktionen.

Schließlich muß noch darauf verwiesen werden, daß die DKP im Laufe des Wahlkampfes stillschweigend eine Frontbegradigung vorgenommen hatte. Nachdem deutlich wurde, daß das Wahlbündnis ADF nicht viel taugt, wurde die Bündnispolitik im Betrieb als das zentrale Moment ausgegeben. Hierin mag die Ursache für die generelle Unterstützung der Streiks seitens der DKP liegen.

Zweifelsohne hat die DKP die Streiks mitgetragen, gleichwohl ist es falsch, ihre Kader und Organisation zu überschätzen. Einmal ist die Aktionsbereitschaft der Arbeiter hoch, zum anderen dauern die Streiks meist nicht sehr lange. Dort, wo die Auseinandersetzungen härtere Formen annahmen, spielte die DKP eine untergeordnete Rolle, wie in Bremen, Neunkirchen und Duisburg. Von einer Vermittlung zwischen Streikbereitschaft der Arbeiter und revolutionären Kadern kann also hier keine Rede sein.

Über das sich in den Streiks entwickelte Bewußtsein genaueres auszusagen, ist zur Zeit noch recht schwierig. Deutlich zeichnen sich lediglich Unterschiede zwischen Bremen, Saar und Ruhrgebiet ab. In den Klöckner-Werken besteht eine klassenbewußte Kadergruppe. Streikführung und Dauer lassen eine zunehmend anti-gewerkschaftlich und anti-kapitalistische Tendenz erkennen. Dabei ist die Zusammensetzung der Belegschaft von Bedeutung: ein Kern erfahrener kommunistischer Facharbeiter, der den Streik führt, und eine Belegschaft, die überwiegend aus angelernten Arbeitern, die erst seit "kurzem" von der Landwirtschaft und kleingewerblicher Tätigkeit in die Betriebe wechselte. Aufgrund der etwas größeren Arbeitskraftreserven ist bei Klöckner der während der Rezession erfolgte Lohnabbau noch nicht wieder rückgängig gemacht worden.

Im Saargebiet findet im Bergbau derzeit ein totaler Streik

statt, das Bewußtsein der Bergarbeiter weist jedoch stark berufliche-ständische Momente auf. Symptome sind die Verbrennung roter Fahnen, antigewerkschaftliche Stimmung bei gleichzeitigem Beifall für den CDU-Ministerpräsidenten sowie Parolen: "Bergarbeiter wieder an die Spitze der Lohnskala." Die an der Saar naheliegende Vermittlung von kapitalistischer Strukturkrise und Klassenbewußtsein der Arbeiter wird durch diese ideologischen Bewußtseinsstrukturen zur Zeit blockiert.

Im Ruhrgebiet ist ein spontanes Arbeiterbewußtsein feststellbar, Ausdruck der ökonomischen Bedingungen, dessen politische Entfaltungstendenzen noch nicht recht abzuschätzen sind. Mit allen Vorbehalten lassen sich folgende Charakteristika ausmachen:

a) Die Unzufriedenheit war vor Beginn der Streiks groß, wie die Arbeitsniederlegungen und die beschriebenen Motzereien belegen.
b) Die Streiks haben erstmals seit längerer Zeit die relativ private Verarbeitung von Konflikten durchbrochen und Ansätze von Selbstbewußtsein und Solidarität geschaffen. (letztere wird freilich weniger bewußt akzentuiert.)
c) Sämtliche Forderungen waren rein gewerkschaftliche Forderungen, im wesentlichen Lohnerhöhungen.

Dort, wo der Streik sich gegen Rationalisierung und Arbeitsplatzbewertung richtete (MTM), konnte er sich nur sehr ungenau artikulieren. Von Bedeutung ist die Einfachheit der Forderungen: generelle Lohnerhöhung, ausgedrückt in absoluten Forderungen und nicht in Prozentangaben. Die Forderung 30 Pfennig ist leichter vermittelbar und hat solidarischere Konsequenzen als arbeitsplatzspezifisch abgestufte Prozentforderungen.

d) Die Streiks werden kaum als politische begriffen, schon gar nicht als antikapitalistische. Parolen in diese Richtung werden zurückgewiesen.

Kritik an der sozialen Symmetrie, an Konzernen und Gewerkschaften, bleibt vorpolitisch, das heißt privat. Zur Zeit lassen sich relativ häufig verbalradikale Einzeläußerungen finden, die jedoch nicht in Aktionen umgesetzt werden.

Erwähnt werden müssen noch die Anti-NPD-Aktionen, die derzeit in dreierlei Spielarten vorgetragen werden:
Einmal einer staatlich verordneten, was sich in gemeinsamen Flugblättern von CDU, SPD und DGB ausweist, zum anderen in der bürgerlich-demokratischen Version der DKP und schließlich in antiautoritären und radikaldemokratischen Aktionen der Lehrlinge und Schüler. Teilweise deuten sich Aktionsbündnisse zwischen dieser Fraktion und Teilen der Vertrauensleute an auf der Grundlage: "Ihr seid doch die einzigen, die was tun." Militantere Aktionen haben also die Funktion, Kontakte - wenn auch oft nur sporadische - zu klassenbewußten einzelnen Arbeitern herzustellen. Diese Tendenz kann jedoch nicht als durchgängig behauptet werden, was jedoch wohl auch an der mangelhaften Organisation dieser Aktionen liegt.

Die beschriebenen Aktionen ergeben eine eindeutige Aussage über die Situation der revolutionären Linken im Ruhrgebiet: sie ist miserabel schwach: das ist freilich nicht nur ein quantitatives Problem, sondern vor allem ein Kaderproblem. Schulung und Aktionen, die auf Schulung hinführen, sind die nächsten wichtigen Aufgaben. Diese Schulung hätte als notwendige Schwerpunkte Betriebsarbeit, Lehrlings- und Schüleragitation. Die spezifischen Ruhrgebietbedingungen weisen sich vor allem durch die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit revisionistischen Gruppierungen aus. Diese Auseinandersetzung ist bislang vorwiegend auf allgemein-theoretischer Ebene geführt worden, dagegen fehlen Vorstellungen, was realrevolutionäre Agitation und Aktionen sind, wie die Revisionisten exemplarisch zu entlarven sind. Beispielsweise ist die abstrakte Gegenüberstellung von Arbeiterkontrolle gegen Mitbestimmung recht nutzlos. Arbeiterkontrolle allein als Forderung besagt gar nichts, welche Forderungen zu stellen sind und in welchen Aktionen sie durchzusetzen sind.

Die Erfahrungen dieser Streiks lehren die Vordringlichkeit einiger theoretischer Arbeiten: insbesondere der konkreter Konzernanalysen, Entwicklung der Lohndifferenzierungen in der Arbeiterklasse, Widersprüche innerhalb der Gewerkschaften, Verhältnis von betrieblicher Agitation und außerbetrieblicher Angriffe gegen die verschiedenen staatlichen Institutionen, Entwicklung von Lehrlings- und Schülerkampagnen.

Die nächsten Aufgaben der Berliner sozialistischen Opposition sind durch die spontane Streikbewegung der Arbeiter in der Bundesrepublik gestellt.

Basisgruppe Bochum
Ruhrkampagne, Berlin

Projektgruppe Ruhrkampagne Berlin

Die ökonomischen Umstände der Streiks
Referat von M.Weisfeld, gehalten auf dem Teach-in am 12.9.69

Die Konzerne der Bundesrepublik setzten in den letzten Jahren einen immer größer werdenden Teil ihrer Produkte im Ausland ab. Der Export hat in den letzten Jahren eine immer größere Stelle in den Berechnungen der Kapitalisten eingenommen, d.h. immer mehr Produktionsanlagen wurden errichtet, in denen für den Export gearbeitet wird. Wenne es nicht mehr möglich ist, so viele Produkte wie in den letzten Jahren zu exportieren, stehen diese Produktionsanalagen still, und die Arbeiter, die in ihnen arbeiten, werden entlassen. Branchen, die am stärksten exportieren, sind die Autoindustrie, der Maschinenbau und die chemische Industrie.

Die Stahlindustrie ist noch stärker als Autoindustrie, Maschinenbau und Chemie auf hohe Exporte angewiesen, weil 1) ein Teil Produkte direkt ausgeführt wird, 2) ein größerer Teil jedoch indirekt, nämlich verarbeietet in Maschinen und Autos. Die Stahlindustrie ist also ganz besonders abhängig vom Exportgeschäft: sind die Exportmöglichkeiten für die deutschen Konzerne schlecht, dann gehen Produktion und Beschäftigung in der Stahlindustrie am stärksten zurück; sind die Exportmöglichkeiten gut, entstehen schnell dicke Auftragspolster, schnellen die Gewinne der Stahlkapitalisten in die Höhe und wird der Druck auf den Arbeiter durch Rationalisierung und MTM-System größer, damit der Produktionsausstoß steigt, d.h. die Kapitalisten die gute Auftragssituation ausnutzen können. Was für Stahl gilt, gilt in geringerem Maße auch für die anderen Exportbranchen. (Ein Zeichen dafür ist, daß der Streik von der Stahlindustrie auf den exportorientierten Werftsektor übergegriffen hat - Howaldt-Werke Kiel).

Bis zum Beginn des Streiks lief das Exportgeschäft der BRD auf Hochtouren. Die Krise von 1966-67, die Entlassungen, Kurzarbeit und stillgelegte Produktionsstätten brachte - besonders auch in der Stahlindustrie -, war dadurch beendet worden, daß die deutschen Konzerne ihre Waren im Ausland zu extrem niedrigen Preisen verkauften. So unterboten sie ihre ausländischen Konkurrenten und erlangten eine starke Stellung aufden ausländischen Märkten. Niedrige Preise für Exportgüter waren aber nur möglich, weil die Gewerkschaften den Unternehmern für die Zeit bis zum Aufschwung versprachen, die Löhne niedrig zu halten, und die Stellung der Gewerkschaften bei den Arbeitern noch stark genug war, das durchzusetzen. Der Aufschwung brachte enorme Profitsteigerungen, aber kaum Lohnanstieg. Das war eine Ursache der Streiks.

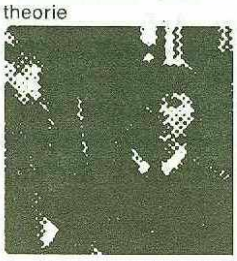
Aus diesen hohen Profiten ist erklärlich das relativ bereitwillige Eingehen der Unternehmer auf die Lohnforderungen der Arbeiter. Ein$ anderer Grund für diese Bereitwilligkeit ist folgender: ein langer Arbeitskampf in der deutschen Stahlindustrie würde die Weltmarktstellung der Stahlindustriellen gefährden. Der Mai-Aufstand in Frankreich hat gezeigt, daß die Kunden der französischen Industrie

angesichts der aufgebrochenen Klassenkämpfe ihre Aufträge langfristig aus Frankreich zurückzogen und zu Kunden derjenigen Kapitalisten wurden, die über die gefügigere Arbeiterklasse verfügten. Das waren damals ganz uneingeschränkt die deutschen Industriellen. Ein Längerer Streik würde unmöglich machen, daß die Stahlkonzerne die anstehende Nachfrage befriedigen, was einen Vertrauensschwund bedeutete, der sich in der gegenwärtigen Hochkonjunktur noch kaum auswirken würde, wohl aber in der nachfolgenden Rezession. Deshalb - und wegen der bevorstehenden Wahlen - ist es bislang noch zu keiner Konfrontation zwischen streikenden Arbeitern und dem Polizeiapparat gekommen, obwohl mehrere Fabriken von den Arbeitern besetzt gehalten wurden.

Eine andere Ursache des Streiks läßt sich auch aus der Krise von 1966-67 erklären. Produktionsstätten, die vor der Krise benötigt worden waren, standen still, verursachten Kosten und schmälerten so die Profite der Unternehmer. Im Aufschwung nach der Krise vermieden es die Unternehmer, neue Produktionsstätten errichten zu lassen, sondern versuchten, den höheren Produktionsausstoß durch Rationalisierung und Verschärfung des Arbeitstempos herauszuschinden. Am deutlichsten war das bei der Stahlindustrie. Im Stahlsektor fanden große Konzernzusammenschlüsse statt (z.B. kaufte Hoesch 1966 die Dortmund-Hörder-Hüttenunion und geriet damit in kapitalmäßige Verflechtung mit dem holländischen Stahlmonopolisten "Königlich Niederländische Hochöfen- und Stahlfabriken"). In den so entstandenen großen Einheiten wurden die technisch weniger entwickelten Anlagen abgebaut und ein Teil der Arbeiter entlassen. Die restlichen Anlagen wurden sehr scharf durchrationalisiert, das heißt die Arbeiter mußten anstrengendere und monotonere Arbeit verrichten als vorher.

Der höhere Ausstoß, der im Aufschwung erforderlich ist, wurde also nicht erreicht durch Schaffung neuer Arbeitsplätze, sondern allein durch die intensivere Ausbeutung der bereits im Betrieb stehenden Arbeiter. So soll erreicht werden, daß im Konjunkturabschwung keine Überkapazitäten entstehen, die den Konjunkturabschwung in eine Krise verwandeln - oder wenigsten soll die Krise abgeschwächt werden. (Auf diese Weise war es zur Krise 66-67 gekommen: sich seit Anfang der sechziger Jahre akkumulierenden Überkapapzitäten waren Voraussetzung dafür, daß bei einem aktuellen Nachlassen der Auslandsnachfrage 1966 die Investitionsneigung der Unternehmer - d.h. die Neigung, weitere Überkapazitäten anzulegen - minimal war. Dieses Erlahmen der Investitionstätigkeit bedeutete die Krise.) Zwei Punkte drohen, das Konzept der Kapitalisten zum Scheitern zu bringen: 1. Rationalisierung bedeutet in fast allen Fällen auch Ausweitung der Produktionskapazität; 2) Die Ausbeutung der Arbeiter ließ sich nicht mehr beliebig verschärfen, sondern führte zu kollektiven Widerstandsaktionen von Teilen der Arbeiterklasse.

Ernest Mandel
Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie



Probleme sozialistischer Politik 3
76 Seiten, DM 4,00

Ernest Mandel entwickelt in dieser Arbeit, die sich durch eine klare und verständliche Sprache auszeichnet, nicht nur die Grundbegriffe der marxistischen politischen Ökonomie, sondern behandelt darüber hinaus aktuelle Probleme neokapitalistischer Wirtschaftstheorie und -politik: „konzertierte Wirtschaft", „indikative Planung", „Lohnleitlinien", den permanenten inflationären Trend sowie die Auswirkungen von Automation und Rüstungsausgaben.

für Genossen 3.-

Bericht eines Bremer Genossen aus den Klöckner-Werken auf dem Teach-in in der TU Berlin am 12.9. Der Genosse ist als Elektriker bei Klöckner beschäftigt und gehört keiner Organisation an.

Vorgeschichte: Der alte Betriebsrat hat sich dadurch bei der Belegschaft unbeliebt gemacht, daß er nicht in der Lage war, die Tarifkämpfe im Vorjahr nach den Wünschen der Arbeiter auszuhandeln. Zudem hat er die Wahl von Vertrauensleuten ersetzt durch Ernennungen nach Parteiproporz. Daraus resultierte die Abneigung der Belegschaft. Das Mißverhältnis kam während der Betriebsratswahlen vor zweieinhalb Monaten zum Ausbruch. Die Gruppe um Bonno Schütter hatte von der IG Metall ein Persönlichkeitswahlrecht gefordert, auf Grund der Nichtanerkennung Max Müllers als Betriebsrat bei der letzten Wahl. Die IG Metall hatte abgelehnt und konnte keine Garantien geben. Bei der letzten Betriebsratswahl war es vorgekommen, daß der mit der zweithöchsten Stimmzahl gewählte für die Beaufsichtigung des Küchendienstes bestimmt wurde. Dies wollte man nun verhindern. Der Betriebsrat spaltete sich in drei Gruppen: die Gruppe Schütter, die Gruppe Prott, die Gruppe Bär. Schütter ist ein nichtorganisierter Marxist mit maoistischen Tendenzen. Er hatte schon vor der Wahl Betriebsverbot und durfte auch während des Streiks nicht ins Werk (näheres in der Broschüre der "Arbeiterpolitik"). Prott ist der Gegenspieler von der offiziellen Gewerkschaftsliste. Bär nannte sich unabhängig, stand aber ebenfalls nicht auf der offiziellen Liste. Schütter bekam bei der Wahl die absolute Mehrheit von 5o.9; Bär mit etwa 1o % schloß sich der Schütter-Gruppe an. Damit war eine entscheidungsfähige Mehrheit da. Der neue Betriebsrat stellte sofort die Forderung, die innerbetriebliche Zulage wieder auf 3o % aufzustocken, denn sie war inzwischen auf 11 % reduziert worden. Die Verhandlungen wurden ohne Unterstützung der IG Metall geführt. Sie zogen sich hin. Die Belegschaft war auf die IG Metall sauer. Denn obwohl die innerbetriebliche Zulage nicht Sache der Gewerkschaft ist, hätte sie sich solidarisieren können.
Der Wilde Streik bei Hoesch löste die aufgestauten Aggressionen aus. Während der gerade laufenden Betriebsversammlung riefen einzelne Arbeiter, man dürfe hinter denen bei Hoesch nicht zurückstehen. Dazu muß man hinzunehmen, daß das Lohnniveau in Bremen sowieso weiter hinter dem im Ruhrgebiet zurückliegt. Röpke, der geschäftsführende Betriebsrat, sagte abschließend, daß er sich mit den Hoesch-Leuten solidarisiere, daß aber ein so umfangreicher Streik vielleicht nicht notwendig sei, ihm sei eine Geschichte bekannt, daß die Hochofenarbeiter die Öfen einfach zugestopft hätten.

Näheres zur Lohnsituation: Seit dem Boom 1964 gab es bei Klöckner eine dreißigprozentige innerbetriebliche Zulage. Im Verlauf der Rezession wurde diese zum Teil auf Tariflohnerhöhungen abgebaut. Übrig blieben nur noch 11 %, es gab Lohnabbau durch die Umstellung auf das LD-Verfahren, Lohnrückstufungen um 2 bis 3 Stufen, Wegfall von Schmutzzulagen usw. Die Werksleitung begründete Lohnrückstufungen unter anderem mit den Umschulungskosten. Die Auftragslage innerhalb der neuen Hochkonjunktur ist so grandios, daß - was seit dem Krieg nie vorgekommen ist, - Aufträge sogar abelehnt werden mußten. Die notwendige Mehrproduktion wurde hauptsächlich durch Überstunden erzielt. Zugleich muß dabei bedacht werden, daß die Hütte mit chronischer Unterbesetzung fährt. Die alten Öfen wurden zum Teil weit über ihre eigentliche Kapazität gefahren, wodurch besondere Gefahrenmomente entstanden. Der Be-

triebsrat verwendete sein Recht auf die Verweigerung von Überstunden als Druckmittel um die 3o %-Zulage durchzukriegen. Die Belegschaft wurde durch Flugblätter und Aushänge auf dem Laufenden gehalten. Nach dem Erfolg bei Hoesch gab es in dieser gespannten Situation in der Nacht vom Donnerstag auf Freitag einen zweistündigen Warnstreik, der sich dann in der 9 Uhr-Frühschicht zum Totalstreik ausweitete.

Die Geshhichte des StreiksM : Der Streik ging ursprünglich von der Kaltwalz-Werkbelegschaft aus, die dann geschlossen durch die anderen Betriebe marschierte. Die anderen Betriebe schlossen sich an. Der Zug versammelte sich vor dem Hauptverwaltungsgebäude und stellte dort seine Forderungen. Im Unterschied zu der 7o-Pfennig-Forderung des Betriebsrates, die noch prozentual vom Ecklohn her verrechnet werden sollte, riefen die Arbeiter nach 5o Pfennig für alle Lohngruppen. 1o Uhr 3o bot das Direktorium 25 Pfennig, die Arbeiter lehnen sofort ab. Gegen 12 kam ein Angebot auf 3o Pfennig. Abgelehnt! Das Direktorium erklärte, man könnte nicht höher gehen, ehe man mit der Hauptverwaltung in Duisburg Kontakt habe. Der Arbeitsdirektor und der technische Direktor fuhren nach Duisburg mit der Zusage, gegen 21 kUhr mit einem neuen Angebot zurückzusein.

14 Uhr 3o erschien der kaufmännische Direktor Plugge in Begleitung von Betriebsrat Max Müller und wies die Arbeiter darauf hin, daß das ein wilder Streik sei, man werde die Belegschaft regresspflichtig machen. Max Müller bestätigte das ironisch. Die Arbeiter waren nicht beeindruckt. Plugge forderte einen Arbeiter am Tor auf, das Tor zu öffnen, der schüttelte nur den Kopf. Plugge fragte ihn darauf nach seinem Namen. Die anderen riefen, keinen Namen sagen, das sei Erpressung...

Dann gab es ein neues Angebot von 4o Pfennig, wobei 1o auf die zu erwartenden Lohnerhöhungen angerechnet werden sollten, 3o dann, wenn mehr als 8 %. Bis Dienstag gab es dann keine neuen Angebote. Stattdessen gab es heftige Diskussionen um den M scher. Die Direktoren versuchten, mit Unterstützung der Presse den Mischer als Druckmittel zu verwenden. Wie sah die Sache wirklich aus: Der Mischer ist am Anfang des Streiks auf Anweisung der Direktion mit den restlichen Inhalten der Öfen gefüllt worden, obwohl das Zeug auch auf die Wiese gekippt hätte werden können. Nicht die Arbeiter haben also die prekäre Situation geschaffen, sondern die Direktion, um ein Druckmittel in der Hand zu haben und die Arbeiter in der Öffentlichkeit als verantwortungslose Maschinenstürmer, als Leute, die die "eigenen" Produktionsmittel zerstören, hinstellen zu können. Deshalb wurde auch sofort verbreitet, der Mischer seim schon kaputt, 3 Milionen Schaden, obwohl es überhaupt noch keine Erfahrungswerte dafür gibt, wann ein solcher Mischer durch die langsame Auskühlung des Inhalts kaputt ist.

Dienstag schickte der Arbeitsdirektor Drohbriefe an den Betriebsrat, in denen mit Entlassung gedroht und von Kriminalisierung gesprochen wurde.

Mittwoch morgen kam ein Angebot von 2o Pfennig auf die Ecklohngruppe 7, die prozentual auf die anderen Lohngruppen angerechnet werden sollen. Ohne Anrechnung auf die zu erwartenden Lohnerhöhungen. Das Angebot wird um 14 Uhr von der Belegschaftsversammlung abgelehnt, einstimmig. Am Donnerstag liefen in Nordrhein-Westfalen die Tarifverhandlungen. Der Bezirksleiter der IGM Hamburg Scholz tauchte am Donnerstag in Bremen auf, um Verhandlungen mit den Arbeitgebern zu führen. Damit war der Zwei-

frontenkrieg gegen den Betriebsrat perfekt. Bekanntlich wird ja der Betriebsrat von der IGM nicht anerkannt. Die IGM hätte selbst erst$ wesentlich später Tarifverhandlungen aufgenommen. Das Interesse der IGM war, die Forderungen des Betriebsrates zu neutralisieren, denn die Forderungen des Betriebsrates konzentrierten sich gerade auf die innerbetriebliche Zulage. Die 14 % Tariflohnerhöhung hätten für den Ecklohn 56 Pfennig erbracht (=446), womit der Eindruck erweckt werden sollte, das seien ja gerade die 5o Pfennig, die die Arbeiter forderten. Die Arbeiter wollten aber 5o Pfennig für alle Lohngruppen und zwar als innerbetriebliche Zulage.

Donnerstag morgen hatte der Betriebsrat eine neue Betriebsversammlung angesetzt, zu der auch der Arbeitsdirektor und der technische Direktor erschienen. Der Betriebsratsvorsitzende erläuterte die Gesprächsgrundlage, die er dem Direktorium unterbreitet hatte: 1. 2o Pfennig für alle Lohngruppen und voller Ausgleich der Streiktage, 2. 3o Pfennig ohne Ausgleich. Der technische Direktor ging gleich zu dem Problem mit dem Mischer über. Er forderte die Belegschaft auf, den Mischer zu entleeren. Der Betriebsratsvorsitzende ließ abstimmen, das Ergebnis war 5o zu 5o...
Zu beachten ist, daß zu dem Zeitpunkt sehr viele Angestellte anwesend waren. Bis Freitag morgen wurden jedoch keine entsprechenden Arbeiten ausgeführt. Die Konsequenz ist nömlich die, daß die Hochöfen wieder angefahren werden müssen.

Beeinflußt von dieser Entscheidung haben die Arbeiter der Mittagsversammlung ebenfalls für die Entleerung des Mischers gestimmt. Die SPD-Mäuse vom Vertrauenskörper wurden sofort wieder laut und lamentierten. Die Stimmung war auf dieses Ergebnis hin gedrückt. Es wurden sehr viele Stimmen laut, die ein Freudenfeuer mit den Mitgliedsbüchern der IGM entfachen wollten. Vereinzelt wurden Stimmen laut, Gegengewerkschaften für die Stahlindustrie zu gründen. Jedenfalls wurde für den Fall der Streikabwürgung mit einem massiven Austritt aus der Gewerkschaft gerechnet.

Die letzte Entwicklung zeigt die negative Auswirkung der Tatsache, daß der Vertrauenskörper noch nicht neu gewählt worden ist, also noch von den alten Proporz-SPDisten besetzt ist.

<u>Zur Frage der Organisation:</u> Der Streik bei Klöckner geht um die innerbetriebliche Zulage. Der Betriebsrat hat sich mit dieser Forderung der Arbeiter solidarisiert und führt die Verhandlungen für die Arbeiter. Um das Interesse der Arbeiter von ihrer eigenen Forderung abzubringen, hat die IG Metall Tarifverhandlungen angesetzt. Damit versucht sie die Arbeiter hinters Licht zu führen. Da der Betriebsrat in einer Kampfabstimmung gegen die IG-Liste gewählt wurde, stehen die Arbeiter voll hinter ihrem Betriebsrat. Der Betriebsrat sieht sich jedoch in seinem Verhandlungsspielraum sehr eingegrenzt, da er immer noch an die rechtlichen Bestimmungen des BVG gebunden ist. Exemplarische Äußerung: das Gesetz verbietet es mir, Euch zu danken.

Der ganze Streik wird also von der Spontaneität der Arbeiter getragen. DKP-Gruppen oder sonstige politische Gruppen sind nicht vorhanden. Kommunisten sind nicht anerkannt wegen ihrer Parteizugehörigkeit, sondern wegen ihrer Arbeit im Betrieb. Wenn die Arbeiter sagen, sie woll-

ten nichts mit Politik zu tun haben, so ist damit eine Politik gemeint, wie die Arbeiter sie mit den IHM- und SPD-Cliquen erlebt haben. Auch die Aggressivität gegen Studenten geht darauf zurück, daß man sich nicht gängeln lassen will. Zum Teil hatte diese Abwehr äußerer Einflüsse aber auch taktische Gründe. Die Gewerkschaften und Unternehmer versuchten nämlich, die Rolle betriebsfremder "Aufpeitscher" hochzuspielen, um die Solidarität der Arbeiter zu erschüttern. Daß den Arbeitern andererseits die Notwendigkeit von Organisation klar ist, zeigt sich daran, daß spontan Verbindungen zum Werk in Osnabrück hergestellt wurden. Als nämlich die IGM das Gerücht in Osnabrück verbreitete, die Klöcknerleute seien von Betriebsfremden aufgeputscht und hätten einen Lokführer erschlagen, fuhren ungefähr 1o Wagen mit 35 Leuten sofort nach Osnabrück, um die Sache klarzustellen.

Tony Cliff
Studie über Rosa Luxemburg

Probleme sozialistischer Politik 13
ca. 100 S., ca. DM 7,00

für Genossen
DM 5.5o

Tony Cliffs Verfahren ist das der Zitatmontage. Nicht nur, weil die Luxemburg-Schriften in England noch schwieriger greifbar sind als hierzulande, sondern weil nur im Rückgriff auf die Texte und die historischen Situationen, denen sie ihre Entstehung verdanken, die politische Physiognomie Luxemburgs rekonstruiert werden kann, die durch Stilisierung und Übermalung, wie sie Gegner und falsche Erben vorgenommen haben, zur Unkenntlichkeit entstellt worden ist. Hinter den Fassaden von „Leninismus" und „Luxemburgismus" will Cliff die politischen Meinungen Lenins und die Ansichten Rosa Luxemburgs sichtbar machen, samt ihren Variationen.
Er präsentiert die Dialektik von Reform und Revolution, die Theorie des Massenstreiks, das Verhältnis von Spontaneität und Organisation, die Stellung zur nationalen Frage, die Kritik an der Regierung Lenin-Trotzki, die Akkumulationstheorie u. a. m.
Dass politische Entwürfe bezogen sind auf historisch-spezifische Situationen, dass sie weder den Status von mathematischen Axiomen oder göttlichen Offenbarungen haben, noch metaphysische Ansprüche auf universelle Geltung erheben, dass sie lediglich die mehr oder weniger realitätsgerechten Orientierungsversuche und Pläne endlicher Menschen und sozialer Gruppen in konkreten Notsituationen sind: diese materialistische Binsenweisheit hat Cliff bei der Organisation des Materials geleitet. Er möchte das unverfälschte Erbe weitergeben an eine Generation, die der Originale bedarf.

Helmut Schauer

Die Gewerkschaften in der Streikbewegung im September 69
Vorgetragen auf der Kundgebung am 12.9. auf dem Frankfurter Opernplatz

Die Streikbewegung der letzten Tage ist seit den dreißiger Jahren die erste spontane Erhebung, in dem großen Arbeitermassen direkt gegen die Gewerkschaften für ihre Lohninteressen kämpfen. Wir haben allen Grund zu fragen, was dies denn für Interessenorganisationen sind, gegen die ihre Mitglieder ihre demokratischen Interessen verteidigen müssen. Denn das Spezifische der Streikbewegung liegt ja gerade darin, daß sie sich als eine Lohnbewegung versteht, also den Gegenstand hat, der einst der Grund zur Bildung der Gewerkschaften selbst war. Insofern ist die Streikbewegung die praktische Kritik, die auf den Grund der Gewerkschaften trifft.

Offensichtlich haben diese eben nicht dafür gesorgt, daß die Berg- und Stahlarbeiter für ihre Arbeitskraft den Wert erhielten, den sie brauchen, um leben zu können. Die Streiks haben ja auch die Illusion zerstört, als ob es im Spätkapitalismus keine empörende materielle Verelendung mehr geben könne. Denn es ist unter den spätkapitalistischen Verhältnissen gerade angesichts der Zerstörung der Gebrauchswerte und der Manipulation der Bedürfnisse ein Zustand materiellen Elends, wenn ein Bergarbeiter, der eine Familie versorgen soll, lumpige sechs- bis siebenhundert Mark nach Hause bringt. Apologeten des autoritären Staates, der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften haben bis heute behauptet, es gäbe kein empörendes ökonomisches Elend mehr. Aber es ist schon eine recht graue Theorie, für die sich materielles Elend aufs direkte Verhungern beschränkt, die nur zur Kritik im Gesichtskreis der frühkapitalistischen Epoche fähig ist. Wie der Weltkapitalismus als ganzer ökonomisches Elend nicht abgeschafft hat, so hat er es auch in seinem bundesrepublikanischen Musterländle nicht getan, sondern nur von der Oberfläche verdrängt.

Es ist jetzt sichtbar geworden, daß die Lohnabhängigen nicht den Wert ihrer Arbeitskraft bekommen, wenn sie es den Gewerkschaften überlassen, ihren Anteil zu bestimmen.

Diese sind eben keineswegs mehr schlicht die Organisationen der Solidarität der Arbeiter, mit denen diese auf dem freien Arbeitsmarkt gegen ihre Verelendung kämpfen. Am wenigsten können die Bergarbeiter, die vor die Staatskanzlei des Saarlandes gezogen sind, noch glauben, daß sie ihre Haut auf den freien Arbeitsmarkt tragen. Daher ist an die geschichtliche Bedeutung der Gewerkschaften für die Entfaltung des bürgerlichen Klassenstaates zum autoritären Staat der Gegenwart zu erinnern, denn diese geschichtliche Stellung bestimmt ihre gegenwärtige.

Seit Beginn des Jahrhunderts - endgültig seit 1914 - sind die Gewerkschaften eben nicht mehr die Selbstorganisation der Lohnabhängigen, sondern staatlich und rechtlich gesicherte Kettenhunde zur Verwaltung und Anpassung der Unterdrückten im imperialistischen Kapitalismus, der eben nur noch existieren kann, wenn er die Spaltung, Passivität und Zustimmung der proletarischen Massen organisieren kann.

Arm in Arm mit den Generälen des kaiserlichen Deutschland haben die Gewerkschaftsführer schon im ersten Weltkrieg die Arbeiter als Kanonenfutter in die Schützengräben geschickt. Sie haben in den Jahren von 1918 bis 1923 geholfen, die Revolution des Proletariats in Blut und Tränen zu ersticken. Und seit der Inflation von 1923 wissen die deutschen Arbeiter auch, daß Lohnkämpfe wirkungslos bleiben werden, wenn das konzentrierte Konzern- und Bankkapital den Geldwert manipuliert, Lohnerhöhungen auf die Preise abwälzen, ja schließlich überhaupt nur noch als Rechtfertigung ihrer Preispolitik und Profitsteigerung behandeln kann.

Die Reformisten haben schon damals erklärt, der Lohn sei politischer Lohn geworden, und sie haben dabei eine Politik getrieben, die sich von dem "gesamtwirtschaftlichen Interesse" leiten ließ, das das Interesse der Kapitalisten war. In der Weltwirtschaftskrise hat das Proletariat dafür mit der furchtbarsten Verelendung bezahlt.

Aber die Monopolisten der Arbeitskraft haben den Widerstand zerschlagen und die Hungernden auf sonnigere Zeiten des Kapitalismus vertröstet. Es ist eine Lüge, wenn heute gesagt wird, die Gewerkschaften hätten vor dem Faschismus versagt. Die von den Reformisten besorgte innere Zerschlagung der revolutionären Arbeiterbewegung war nicht nur die Vorbedingung für die faschistische Massenbewegung. Die Bande autoritärer, sozialpolitischer Spitzenfunktionäre hat sich noch selbst den Faschisten kan den Hals geworfen und hätte liebend gerne das tausendjährige Reich mitorganisiert, wenn die neuen Führer nur gewollt und mit dem anachronistischen Behäbigkeit dieser Sorte Bürokraten für ihre impierialistischen Mobilisierungspläne hätten etwas anfangen können. Daß sich große Teile der Arbeiterklasse lange wenigstens passiv gegen die ösiegreiche faschistische Massenbewegung stellten, ist vielmehr trotz der Gewerkschaften, aber auch trotz des scheinradikalen Opportunismus der stalinistischen KPD geschehen.

Das wiegt umso schwerer, als die Arbeiter in der Weltkrise erfahren haben, daß die Arbeit überhaupt nicht mehr funktioniert und die Arbeitskraft nicht gefragt ist, wenn die Produktion dem blinden Mechanismus monopolistischer Kapitalanhäufugng überlassen bleibt. Es waren die Reformisten, die den Glauben und die Hoffnung auf den starken Staat vorbereitet haben, der dann in den Materialschlachten des Krieges seine Art der Arbeitsbeschaffung organisierte.

Und es waren größtenteils die alten Gewerkschaftsführer, die nach 1945 Seite an Seite mit den kapitalistischen Besatzungsmächten selbst unter dezenter Mithilfe der Geheimdienste dafür gesorgt haben, den Lohnabhängigen die schüchterne Hoffnung auf einen sozialistischen Neubeginn Schritt für Schritt auszutreiben.

In KZs ist nichts gelernt worden: wäre nicht der Organisationswille der Arbeiter und die liberalistische Restaurierungspolitik der Angelsachsen dazwischen gekommen, die hinterbliebenen Spitzenfunktionäre wären womöglich glatt imstande gewesen, sich in die Sessel der faschistischen Arbeitsfront zu setzen und das Zwangssysndikat forzuführen. Die linksreformistischen Staatssozialisten um Brenner haben schließlich in den fünfziger Jahren nur noch die Rückzugsgefechte der reformistischen Ar-

beiterbewegung geführt und mitgeholfen, den Ausbau der Konsum-, Bewußtseins- und Freizeitindustrie durchzusetzen, mit denen ihre eigenen Formen der Massenorganisation hinfällig und hohl geworden sind.

Die gemeinsame Parole, die Friedensformel, die uns die Charaktermasken dieser Apparate ebenso wie Politiker, Professoren und Minister verkünden, heißt: Wachstum, Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität. Diesem Programm haben sich die Gewerkschaften ganz und gar verschworen. Es ist aber zu fragen, was denn diese Friedesnformel meint: nämlich Erweiterung der Produktion nach Maßgabe quantitativer Anhäufung von Kapital und Profit, Vollbeschäftigung, die täglich sinnloser wird. Jede Interessenpolitik, die innerhalb dieser falschen Formeln bleibt und sie mit autoritären Institutionen schützt, verrät die Interessen der Lohnabhängigen. Der Angriff auf die Friedensformel, den jede Interessenpolitik zu führen hat, die sich strikt von den vernünftigen Bedürfnissen des Proletariats leiten läßt, ist immer und in jedem Fall ein Angriff auf das System abstrakter Arbeit selbst. Es ist bloße Apologetik, wenn zwischen Tagesinteressen und dem Bedürfnis der Lohnabhängigen getrennt wird, das darauf zielt, aus der Lage als bloße Träger der Arbeitskraft, als ein "Produktionsfaktor",der noch unter dem unmenschlichen "Faktor des Kapital" steht, hinauszukommen.

Weil die Gewerkschaften das kapitalistische Krämersystem des Tauschs in seiner aktuellen Form der Friedensformel von Wachstum, Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität anerkennen, ist kauch ihre Lohnpolitik immer nur Anhängsel dieses Systems, das die Ansprüche der Lohnabhängigen an dieses anpaßt.

In der Krise sagen sie: wir müssen still halten, damit die Arbeitsplätze gesichert sind , und sie schweigen davon, daß dazu die Gewinne steigen sollen. Sie beuten die Angst der Abhängigen aus, die ahnen, daß es in diesem System bald nichts mehr Vernünftiges zu ktun geben könnte. Wenn die IG Metall in der letzten Rezession auf dem geduldigen Papier eines "Weißbuchs zur Unternehmermoral" offen krasse Fälle direkter Lohnminderungen und autoritärer Durchsetzung der "Belegschaftsdisziplin" angeprangert hat, kann war das ja vor allem anderen eine Aktion der Absicherung ihrer eigenen Zustimmung zum verschleierten Lohnstopp. Die Arbeiter sollten keine allgemeinen Konsequenzen zeihen und auf die Moral einzelner Unternehmer verwiesen werden.

Aber auch in der Konjunkturphase, dem klassischen "Erfolgspunkt" der Gewerkschaftspolitik, ist ihre Lohnpolitik keineswegs die der Lohnabhängigen. Wir haben schon seit Jahren den Zustand, daß die Tarifverträge, an deren Zustandekommen die Betroffenen allerhöchstens scheinhaft beteiligt sind, die als Lohndiktate der sozialpartnerlichen Dauerkoalititon veröffentlicht werden, lediglich Mindestlohnbedingungen angeben. Die Lohnabhängigen müssen die falsche Vollbeschäftigung damit bezahlen, daß sie die wirklich effektiven Lohnbewegungen als einzelne und in einzelnen Betrieben durchsetzen müssen, und daß die "Tarifverträge", auf die das Klassnerecht des kapitalistischen Staates sie verpflichten will, noch nicht einmal ihre Löhne sichern und sie in der Rezession dem Druck preisgeben. Die gegenwärtigen Lohnstreiks sind insofern lediglich die logische Folge des schon jahrelang angebahnten Zustands, bei dem die Gewerkschaften die Stabilität der Freidensformel sichern und die atomisierten Lohnabhängigen die Löhne hochzudrücken versuchen.

Dabei ist es den Gewerkschaftsinstanzen letztlich gleichgültig, kwenn den Lohnabhängigen als Konsumenten durch Preissteigerungen das wieder abgenommen wird, was sie sich durch Lohnerhöhungen erkämpften. Die besonders zynischen, schon in der Energiekrise einschlägig bewährten Bonzen der IG Bergbau haben die durch die Streiks erzwungenen Lohnerhöhungen dazu ausnutzen lassen, daß die Bergherren eine Preiserhöhung verkünden konnten, die offensichtlich weit über die Lohnsteigerung hinausgeht. Wir werden es in den kommenden Wochen und nach dem Wahlzirkus erleben, daß die Gewerkschaften überhaupt nicht daran denken, ernstlich gegen Preissteigerungen zu kämpfen. Wie seit Jahren, werden sie sagen, wir können auf die Preise nicht einwirken. In der Tat: sie müßten aus dem Klassenrecht der Arbeit ausbrechen, das sie als ihr Recht auffassen und das sie zur "Tarifkoalition" bestimmt; sie müßten aufhören, in den Sesseln der Aufsichtsräte selbst die Preiserhöhungen mitzubestimmen.

Das alles können sie nicht, weil sie dann ihre Stellung als Teil des autoritären Herrschaftsapparates aufgeben, weil sie sich selbst aufgeben müßten. Wir werden es in den nächsten Jahren erleben: wenn die Jungarbeiter, die der treibende Kern in diesen Streiks waren, damit begonnen haben, ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen und nach einem halben Jahrhundert Verfall der proletarischen Emanzipationsbewegung ihre ersten Erfahrungen machen, wenn sie ihre Ansprüche an diese Gewerkschaft stellen, dann wird das für diese tatsächlich zum Existenzkampf.

Aber die Streikbewegung hat auch gezeigt, wie die Friedensinstanzen zu Papiertigern werden, wenn die Lohnabhägnigen selbst in Bewegung kommen. Es ist jetzt ein erstes vernichtendes Urteil über den Kernpunkt des Reformprogramms gesprochen, mit dem die Gewerkschaftsführer unter der falschen Parole der "Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft" den autoritären Staat ausbauen möchten. Die Arbeiter der Montanindustrie haben die Mitbestimmung im Kampf nicht nur beiseite gehoben, die Mitbestimmer selbst haben die Bedingungen der Streiks mitgeschaffen und konnten nicht erkennen, inwieweit sie sich selbst von ihrer Klientel entfernt hatten. In nächster Zeit werden die gewerkschaftlichen Gebetsmühlen für die Mitbestimmung weniger Geräusch machen.

Aber diese ist ebensowenig wie die Gewerkschaften selbst zerschlagen. Erst wenn die Lohnabhängigen das Selbstbewußtsein im praktischen Kampf gewinnen, selber und besser bestimmen zu können als die Funktionäre des Kapitals und der Arbeit, wird dieser Kampf zu Ende sein.

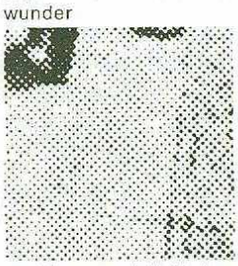
Was haben wir jetzt von den Gewerkschaften zu erwarten?

Die politischen Chefs und die Presse bemühen sich seit der antiautoritären Bewegung, seit der Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze, den Gewerkschaftsapparaten anstelle des Lebens, das sie verlassen hat, etwas mehr Betriebsamkeit einzublasen. Jetzt sind die Gewerkschaftsführer vollends zu Hätschelkindern der Herrschenden geworden. Sie werden demnächst etwas lauter plärren dürfen. Aber diese Radikalisierung wird keinem weh tun. Wir wissen es von den reaktionärsten aller Gewerkschaften, den US-amerikanischen: Man kann Streikbewegungen sogar um nichts führen, Scheinkämpfe, die in gar keinem Verhältnis zu ihrem Inhalt stehen, deren Zweck es vielmehr ist, als eine Art Naturschutzpark für Empörung zu dienen, als Ventile, über die Dampf abgelassen werden kann. Als Maschinen zur Vernichtung von Spontaneität und Selbsttätigkeit der Lohnabhängigen werden die Gewerkschaftsapparate ihre Existenzberechtigung nachzuweisen suchen.

Die Arbeiter, die jetzt einen Lohnerfolg errungen haben, werden nur zu schnell erfahren, daß sie einen Scheinsieg errungen haben. Es wird unsere Aufgabe sein, die Gründe dafür offen zu legen und es wird die Aufgabe dieser unserer Diskussion sein, nach den Konsequenzen aus der Tatsache zu fragen, daß die einstigen Organisationen der Solidarität der Lohnabhängigen nunmehr offen als Hemmschuh und Gegner ihrer Aktionen auftreten.

Der wirtschaftliche Aufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere in den Ländern, die durch ihn am schwersten in Mitleidenschaft gezogen worden waren, ging verblüffend schnell vonstatten. Sowohl das Nationaleinkommen als auch die industrielle Produktion erreichten in wenigen Jahren das Vorkriegsniveau. Dieser an sich schon erstaunliche Erfolg wurde noch von der Tatsache übertroffen, dass das enorme Tempo des Aufschwungs auch weiterhin anhielt und sich erst anfangs der sechziger Jahre verringerte.
Jánossy zeigt auf, dass diese Perioden des raschen Aufschwungs – also die der Wirtschaftswunder – nichts weiter als langanhaltende Nachriegsrekonstruktionsperioden waren. In jedem einzelnen Fall dauerte das Wunder nur so lange an, bis das Produktionsniveau erreicht war, das zum selben Zeitpunkt auch erreicht gewesen wäre, wenn der Zweite Weltkrieg nicht stattgefunden hätte. Diese Behauptung, die verallgemeinert darauf hinausläuft, dass die Trendlinie der wirtschaftlichen Entwicklung jedwede Störung überbrückt, wird im ersten Teil des Buches anhand zahlreicher Wirtschaftsdiagramme belegt.
Im zweiten Teil des Buches wird eine Wachstumstheorie entwickelt, die nachweist, dass die im ersten Teil faktisch ermittelte Stetigkeit der Trendlinie der wirtschaftlichen Entwicklung weder der Kapitalinvestition, noch der Forschung zugeschrieben werden kann, sondern auf der Stetigkeit der Entfaltung der Menschen selbst – ihres Wissens und Könnens – sowie der Stetigkeit der Veränderung der Berufsstruktur beruht.

Franz Jánossy
Das Ende der Wirtschaftswunder



Probleme sozialistischer Politik 12
ca. 240 S.,

DM 15.00

für Genossen

DM 12.00

Wolfgang Lefèvre

Einige Konsequenzen aus der Streikbewegung im September 69 für unsere Arbeit

Referat gehalten auf dem Teach-in in der FU Berlin am 12.9.69

Um beantworten zu können, ob wir schon jetzt aus den Streikereignissen in Westdeutschland auf einige Konsequenzen für unsere Arbeit hier in Westberlin schließen können, soll zunächst versucht werden, die für uns wichtigsten Punkte der Streikereignisse in vorläufiger Form zusammenzufassen.

Aus zwei Gründen ist es im Augenblick schwer einzuschätzen, ob die Streiks kvorwiegend einem einfachen gewerkschaftlichen Bewußtsein der Arbeiter Ausdruck geben oder ob sie aber darüberhinausgehende, revolutionär zu nennende Ansätze zeigen. Der eine Grund ist, daß ganz offenkundig grundverschiedene Streiktypen an den einzelnen Orten auftraten - so kann man z.B. den Kampf der Bremer Klöckner-Arbeiter kaum mit den vielen Ausständen vergleichen, die sich von Gewerkschaften und Unternehmern fast mühelos durch vage Zusicherungen auf einen rückwirkenden Tarifvertrag beenden ließen. Die Einschätzung des revolutionären oder nur trade-unionistischen Charakters der westdeutschen Arbeitskämpfe ist zum zweiten deswegen schwwr, weil die Kämpfe praktisch nirgends bislang auf wirklich harten Widerstand der betroffenen Kapitalisten und ihrer Manager und ebensowenig auf die Reaktion der kapitalistischen Staatsmaschine gestoßen sind.

Die Gründe für die Günstigkeit des Streikzeitpunktes wurden vorhin in einem Beitrag aufgezeigt: der gegenwärtige Konjunkturhöhepunkt, insbesondere der Export-orientierten Industriegiganten, der den Kapitalisten keinen längeren Produktionsausfall ohne Gefährdung der Marktposition gegenüber der internationalen Konkurrenz gestattet; zum anderen die politische Situation der Wahlkampfwochen, in der die Konkurrenz der systemtragenden Parteien um Sitze und Posten jede entschiedene Reaktion der Regierungsapparate unmöglich macht. Diese günstige Situation, die mit den raschen, ersten Erfolgen, vor allem der Hoesch-Arbeiter, das Überspringen und Grassieren der Streiks ermöglichte, ließ andererseits die Streikaktionen - eben weil es bisher kaum zu schwerwiegenden Konfrontationen kam - in einer gewissen Unentschiedenheit, was den reformistischen oder aber revolutionären Charakter dieser Streiks angeht.

Wir haben deswegen, wie es scheint, im Wesentlichen nur drei Kriterien, um den Charakter der Streiks einzuschätzen; nämlich 1) die angewandten Kampfformen, 2) das Verhalten der streikenden Belegschaften gegenüber den Gewerkschaften und gegenüber der bürokratischen Form der Konfliktbeilegung (also vor allem gegenüber den vorgezogenen offiziellen Tarifverhandlungen) und 3) dem eventuell in den Aktionen gemachten Fortschritte für die Selbstorganisation - so wenig wir auch zu diesem dritten Punkt beim jetzigen Informationsstand sagen können. Nach diesen Kriterien müssen wir wohl drei hauptsächliche Typen von Streikaktionen unterscheiden.

1. Bei wohl den meisten Ausständen, die sich der erfolgreichen Hoesch-Aktion anschlossen, sehen wir lediglich die traditionelle Kampfform der Arbeitsniederlegung, können wir zudem keine offenen Unstimmigkeiten zwischen diesen Belegschaften und den Gewerkschaften erkennen; dagegen gehen in diesen Fällen die Belegschaften fast widerstandslos auf die von Unternehmern und Gewerkschaften schon bei der Hoesch-Aktion fieberhaft propagierte Abwiegelungslinie ein, nämlich die geltenden Tarifverträge vorzeitig zu kündigen und rückwirkend für den 1. September neue Tarifsätze auszuhandeln. Über in der Aktion entstandene Ansätze zur Selbstorganisation bei diesen Belegschaften wissen wir nichts - und werden wir, mit großer Wahrscheinlichkeit, auch nichts erfahren können. Dieser - wie es bis jetzt den Anschein hat - wohl vorwiegende Streiktyp verrät also deutlich, daß er vollständig im traditionellen, systemkonformen Rahmen steckengeblieben ist; genauer und für die Absteckung unserer Aufgaben zugeschnitten gesagt: diese Belegschaften konnten offenbar aus dem Stand, unvorbereitet und allein, ihren Streik nicht dazu nützen, auch nur einen praktischen Schritt über das eindressierte gewerkschaftliche Bewußtsein und über die mit der nur-gewerkschaftlichen Organisierung gesetzte Unorganisiertheit und praktische Unfähigkeit der Belegschaft, die sich in ihren Kampfformen verrät, hinauszukommen.

Bei dieser kritischen Einschätzung dürfen wir jedoch folgendes nicht übersehen: Zweifellos hat es auch dieser erste, kaum revolutionäre Ansätze zeigende Streiktyp mit den entwickeltsten Streikaktionen - also etwa bei Klöckner - gemeinsam, daß die Aktionen spontan und ohne jedes Zutun der Gewerkschaften begonnen werden. Darum müssen wir den objektiven Widerspruch zwischen der Belegschaft, die spontan solchen Streik beginnt, und den Gewerkschaften festhalten. Dieser im spontanen Kampfbeginn ausgedrückte objektive Widerspruch zwischen solchen Belegschaften und den etablierten Arbeitervertretungen - das haben uns insbesondere die vorjährigen Mai-Ereignisse in Frankreich gezeigt - entwickelt sich in der Anfangsphase solcher Kämpfe meist zu überhaupt keinem offenen, bewußt ausgetragenen Konflikt. Selbst die Hoesch-Arbeiter, die sich mit ihrer Forderung, daß der verlangte Stundenzuschlag vollständig unabhängig von den kommenden Tarifverhandlungen zu geben sei, ausdrücklich außerhalb der gewerkschaftlichen Abwiegelungslinie bewegten, bekundeten trotzdem beim Wiederaufnehmen der Arbeit ihre Übereinstimmung mit der Tarifstrategie der IG Metall. Das heißt aber nichts anderes, als daß selbst das praktische Ausschweren von Belegschaften aus der Gewerkschaftslinie nicht bedeuten muß, daß die Arbeiter sich den darin enthaltenen Widerspruch zwischen ihrer Praxis und der Strategie der Gewerkschaften vergegenwärtigen und daraus Konsequenzen ableiten. Daß dieser Lernprozeß aus dem tatsächlichen Charakter der eigenen Praxis nicht zustandekommt, weil Ansätze zu einer alternativen Organisierung zu der bürokratisch-gewerkschaftlichen nicht entwickelt sind, liegt auf der Hand.

Der 2. Streiktyp - vor allem bei Hoesch dargestellt - ist damit schon zu einem Großteil bezeichnet: Er geht in den Kampfformen (bei Hoesch z.B. das sit-in) in der Schroffheit des objektiven Widerspruchs zu den Gewerkschaften und in seiner Widerstandskraft gegen die systemkonforme Abwiegelung weit über den traditionellen, im Wesentlichen von den Gewerkschaften bestimmten Praxisrahmen hinaus. (Wenn hier von Widerspruch

zu den Gewerkschaften die Rede ist, so widerspricht dem nicht, daß z.B. bei Hoesch der Streik von der Vertrauensleuteversammlung beschlossen wurde; denn wir meinen zunächst den Widerspruch solcher spontanen Arbeitskämpfe zu dem gesamten außerbetrieblichen Gewerkschaftsapparat; inwieweit dagegen dieser Apparat die innerbetriebliche gewerkschaftliche Vertretung vollständig beherrscht, ist von Fall zu Fall zu prüfen; bei Klöckner Bremen z.B. ist es - wie wir hörten - kurioser Weise, eben wegen der Auseinandersetzungen im Frühjahr, umgekehrt als man erwarten würde: dort ist noch der Vertrauensleutekörper zu einem Großteil vom Gewerkschaftsapparat beherrscht, nicht dagegen der Betriebsrat.)

Wenn also auch dieser zweite Streiktyp den von den Gewerkschaften bestimmten Praxisrahmen weit überschreitet, bringt er es dennoch nicht zu einem Bewußtsein davon, das für die Weiterentwicklung der Praxis bestimmend würde. Die Größe des objektiven Widerspruchs zwischen der systemkonformen Gewerkschaftslinie und diesen Streiks macht es jedoch wahrscheinlich, daß diese Kämpfe bewußt antikapitalistische und antigewerkschaftliche Ausdrucksformen und selbstorganisatorische Ansätze entfaltet hätten, wären sie auf entschiedeneren Widerstand der Kapitalisten gestoßen. (Über den tatsächlichen Stand der Selbstorganisationsansätze bei Hoesch und ähnlich liegenden Betrieben haben wir bislang leider so gut wie keine Information.)

Auch hier ist eine Anmerkung anzuschließen, die eine Tendenz zu wachsenden Widersprüchen zwischen Gewerkschaften und Belegschaften aufzeigen soll. Die Wahlkampfmatadoren und Leitartikler führen uns in diesen Tagen bis zum Übelwerden vor, daß sich Streiks wie der bei Hoesch scheinbar widerspruchslos als systemkonforme Korrektur eines Ungleichgewichts zwischen Lohn- und Profitentwicklung innerhalb der Konzertierten Aktion darstellen lassen; das "bedauerliche" Entstehen dieses Ungleichgewichts scheint dann lediglich die mangelnde Feinheit in der Symmetriesteuerung durch Tarifverträge zu zeigen. Was es mit der "sozialen Symmetrie" der letzten drei Jahre auf sich hat, darüber ist vorhin gesprochen worden. In unserem Zusammenhang wichtig an dieser Argumentation ist jedoch Folgendes:

Tatsächlich haben die regional gegliederten und durch lokale Bewertungseinstufungen verfeinerten Tarifverträge kaum etwas mit der tatsächlichen Frontlinie zwischen Arbeit und Kapital zu tun. Als am Ende der 50er Jahre in der Bundesrepublik die Vollbeschäftigung erreicht wurde, d.h. der inländische Arbeitsmarkt erschöpft war, führte in jeder Hochkonjunkturphase die Konkurrenz zwischen den Kapitalisten um Arbeitskräfte dazu, daß die betriebsinternen Leistungen, natürlich vor allem der kapitalstarken Konzerne, weit dem Lohnniveau davoneilten, das in den Tarifverträgen der Gewerkschaften ausgehandelt worden war. Und umgekehrt konnte gerade deswegen in den Rezessionszeiten und beim Aufschwungbeginn der Konjunktur von den Unternehmern, wiederum vor allem der großen Konzerne, offener und versteckter Lohnabbau vorgenommen werden, ohne daß davon die Tarifverträge im geringsten berührt wurden. Das heißt aber, die Tarifstrategie der Gewerkschaften hat nur indirekt und minimal etwas mit dem wirklichen Klassenkampf auf dem Lohnsektor zu tun; oder anders ausgedrückt: die für den Kampf im Zusammenhang mit den traditionel-

len Tarifverhandlungen strukturierte Gewerkschaftsorganisation ist ungeeignet, die tatsächlich wichtige Auseinandersetzung mit den Kapitalisten auf dem Lohnsektor zu führen.

Dies in Betracht gezogen, erhält der Streik bei Hoesch wie Klöckner und die ähnlich gelagerten Fälle eine ganz außerordentliche strategische Bedeutung, sowenig das auch allen Atkeuren bewußt gewesen sein mag. Offenkundig haben die beteiligten Arbeiter spontan die Konsequenz aus einer kapitalistischen Strukturänderung gezogen, die dem betriebsspezifischen Lohnkampf in den Großbetrieben einen Vorrang über die gewerkschaftliche Tarifpolitik verschafft. Daß die Arbeitskämpfe, die in den letzten Tagen daraus die praktische Konsequenz gezogen haben, sich von Anfang an in objektivem Widerspruch zu den Gewerkschaften entfalten mußten und zudem, wie das Beispiel Klöckner zeigt, zur erfolgreichen Durchführung dieser Sorte von Lohnkampf die selbstorganisatorischen Fähigkeiten der Belegschaft entwickeln müssen, dies ist nach dem Dargelegten also kein glücklicher Zufa.. Vielmehr verlangen offenbar die in der Großindustrie geführten betriebsspezifischen Lohnkämpfe ein Maß der Beteiligung der Belegschaft, das diese Lohnkämpfe qualitativ von den bisherigen der Gewerkschaftsapparate unterscheidet.

Für den 3. Streiktyp steht im Wesentlichen Klöckner-Bremen Modell. (Über den zweideutigen Charakter der saarländischen Bergarbeiterstreiks steht in der heutigen RPK, Nr. 3o vom 12.9.69, das Nötige. Die gestern begonnenen und offenbar sehr weit gehenden zweiten Bergarbeiterkämpfe an der Ruhr kkonnten wir bei der Ausarbeitung dieses Beitrags noch kaum berücksichtigen.) Dieser dritte Streiktyp unterscheidet sich von den ersten beiden durch radikalere, das übliche Arsenal von Arbeitskämpfen weit überschreitende Kampfformen (vor allem die partiellen Werkbesetzungen bei Klöckner und beim jetzigen Bergarbeiterstreik an der Ruhr); auch finden wir hier größere Widerstände gegen abwiegelnde Kompromisse und ein klareres Bewußtsein darüber, welche wirkliche Kluft zwischen der eigenen Praxis und der Gewerkschaftslinie leigt. Zudem zeigt sich deutlich, wie die radikaleren Kampfformen und das klare Bewußtsein über den nicht-tmade-unionistischen Charakter der eigenen Praxis zusammenfallen mit einer großen selbstorganisatorischen Fähigkeit der Belegschaft. Von den jetzigen Bergarbeiterkämpfen an der Ruhr kennen wir die Vorgeschichte nicht; von Klöckner haben wir jedoch vorhin gehört, daß die Belegschaft dort keineswegs nur spontan und aus dem Stand gehandelt hat. Ihre vorausgegangenen Kämpfe, vor allem die im Frühsommer um die Listenwahlen zum Betriebsrat, haben offenbar Voraussetzungen geschaffen, die der Belegschaft jetzt zugute kamen.

Für alle betrachteten Streikarten gilt also munächst, daß über den revolutionären Charakter im Wesentlichen das Maß entscheidet, in dem die Aktionen die selbstorganisatorische, von der Gängelung der Gewerkschaften befreite aktive Kampfbeteiligung und Handlungsfähigkeit der Belegschaften hervorzubringen vermochte. Dementsprechend ist das erste, ganz abstrakte Resultat für eine an diese Streikbewegung anknüpfende Arbeit oder gar Kampagne hier in Berlin, daß dabei vor allem der Zusammenhang herauszustellen ist, der zwischen der eigenständig von der Belegschaft organisierten, aus der Umklammerung durch die Gewerkschaftsapparate gelösten Kampfführung und der Portemonnaie-Auffüllung besteht. Eine abstrakte Agitation und A$_r$beit z.B. für die Angleichung des Westberliner

Lohnniveaus an das westdeutsche wäre deswegen falsch, weil sie nicht die von den westdeutschen Kämpfen lernbare Einsicht in das einzig taugliche Mittel solcher Kämpfe vermitteln würde: eben die Einsicht in die Notwendigkeit der Selbstorganisation. Für dieses, an Binsenwahrheiten grenzende Resultat hätten wir freilich dieses teach-in kaum nötig. Ein einfaches Gedankenexperiment hilft da vielleicht einen Schritt weiter.

Stellen wir uns vor, am Montag begännen hier in Westberlin - sagen wir bei Siemens und AEG-Telefunken - wegen einer Lohnforderung wilde Streiks. Wenn wir den gegenwärtigen Arbeitszustand unserer Kräfte realistisch einschätzen unter der Frage, ob wir dann den kämpfenden Arbeitern von irgendeinem wirklichen Nutzen sein würden, so müssen wir wohl eingestehen, daß wir das sowenig wären wie angesichts der westdeutschen Streikbewegung. Wahrscheinlich würde unsere Aktivität in Solidarisierungs-seligem Erscheinen vor den betreffenden Fabriktoren und im Verteilen schlecht und recht gezimmerter, hauptsächlich abstrakter Aufrufe zur Selbstorganisation enthaltender Flugblätter bestehen; anschließend würden wir uns vier Wochen bemühen, den genauen Hergang und die initiierenden Gruppen herauszubekommen und einige Kontakte anzuknüpfen. Diese Kontakte würden jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit abstrakte Eingemeidungsversuche bleiben, d.h. unpraktische Kontakte, weil wir tatsächlich kaum im Stande wären, etwas Brauchbares und Nützliches für die Praxis der betreffenden Arbeiter beizusteuern. Wenn die streikenden Arbeiter in Westdeutschland nicht nur jeden Anbiederungsversuch der etablierten Parteien zurückwiesen, sondern sich auch der APO gegenüber sehr mißtrauisch zeigten, so ist uns allen klar, daß sich darin nicht etwa zu überwindende Vorurteile der Arbeiter ausdrückten, sondern das durch hisktorische Erfahrungen gewitzte, die Selbständigkeit in der Praxis hütende Bewußtsein, das seine Partner nach deren wirklichen Beiträgen zum Kampf beurteilt.

Wenn dieses Gedankenexperiment vielleicht ein bißchen übertrieben, im Wesentlichen jedoch zutreffend ist, so liegt offenbar die eindringlichste und wichtigste Belehrung, die wir von der gegenwärtigen Streikbewegung erhalten, zunächst simpel darin, daß die Art und Weise, in der wir gegenwärtig unsere Kräfte zur Unterstützung der revolutionären Entwicklung der Arbeiterklasse einzusetzen und zu nutzen verstehen, bereits von dem geringen Wiederbeginn der Klassenkämpfe dahingehend kritisiert wird, mit der tatsächlichen historischen Bewegung in keiner Weise Schritt halten zu können. An diese wenig schöne Belehrung anknüpfend, wäre also auf Besserung unseres A[R]beitsstils zu sinnen.

Vorweg jedoch noch einige Bemerkungen, die einem Mißverständnis dieses Beitrages vorbeugen sollen, das unsere heutige Diskussion leicht in eine vollständig unfruchtbare Richtung führen könnte. Ein solcher Beitrag für dieses teach-in hat weder das Recht, die bisher geleistete A[r]beit mit Zensuren zu versehen, und nur durch einen Taschenspielertrick könnte dieser Beitrag den Versuch unternehmen, ein Patentrezept für die kommende Arbeit aus der Tasche zu ziehen. Kritik an und Reorganisationsvorschläge für unsere Arbeit sind notwendig Gegenstand und Resultat kollektiver Anstrengungen. Was jedoch einem solchen Beitrag nicht nur zusteht, sondern was er auch leisten sollte, das ist die Untersuchung der Frage, ob die westdeutsche Streikbewegung uns Mittel in die Hand gespielt hat, die als längst fällig diskutierte Reorganisation unserer Arbeit auf soliderer Grundlage als bisher anpacken zu können.

Es gibt unter den arbeitenden Gruppen, die lange vor der jetzigen Streikbewegung die Reorganisationsdebatte führten, wohl kaum gravierende Auffassungsunterschiede darüber, daß die Unzulänglichkeit der Arbeitsorganisation vor allem in der naturwüchsigen Zersplitterung der arbeitenden Kräfte begründet ist. Dies beginnt damit, daß man wohl kaum behaupten kann, daß die Betriebsgruppenarbeit im engeren Sinn nach wirklich diskutierten Schwerpunkten erfolgt - wenn z.B. die beiden Berliner Industriegiganten Siemens und AEG-Telefunken beinahe jenseits unserer Anstrengungen liegen, so ist das gewiß ein schwerwiegendes Symptom. Zum anderen zeigt das mit dem Wort Basisgruppen-Arbeit nicht ganz gedeckte Betätigungsfeld der verschiedenen Zubringerarbeiten für Betriebsgruppen (also von Struktur-, Branchen-, Konzern-, Arbeitsbewertungssystem-Analysen, über die kaum begonnene Orgnisierung von Schulung bis hin zu Agit-Prop-Hilfen) nicht nur mangelnde Koordination, sondern vor allem, daß es uns nur mangelhaft gelingt, die potentiell dafür mobilisierbaren Kräfte für diese Arbeit heranzuziehen. Es gelingt uns auch nicht - da diese Kräfte natürlich nicht alles auf einmal bearbeiten können - diese Aufgaben der Dringlichkeit nach zu ordnen und entsprechend die Arbeit zu organisieren.

Es ist in diesem Zusammenhang nicht nötig zu wiederholen, daß sich die Betriebs- und Basisgruppen-Arbeit aus der im Wesentlichen studentischen Rebellion historisch überhaupt nicht anders als eben so naturwüchsig und zersplittert herausbilden konnte. Im Zusammenhang mit der westdeutschen Streikbewegung wichtiger scheint vielmehr die schon hundertmal diskutierte Tatsache, daß die mangelnde strategische Verständigung der in dieser Basisarbeit engagierten Akteure über ihre Arbeit es auch gar nicht zulassen konnte, diese Arbeit nach Stand unserer Kräfte und nach Stand der historischen Bewegung optimal zu organisieren.

Und genau für diesen wichtigen Punkt kann es doch den Anschein haben, daß die westdeutsche Streikbewegung uns soweit den strategischen Zusammenhang der notwendigen Aufgaben vor Augen führen kann, daß jetzt eine die arbeitenden Gruppierungen vereinigende Verständigung über die strategischen Schwerpunkte möglich geworden ist und damit eine nicht formal-organisatorische, sondern aus dem inhaltlichen Zusammenhang der Aufgaben entwickelte, zentralisierende Reorganisation.

Als wir vorhin versuchten, eine vorläufige und grobe Zusammenfassung der westdeutschen Streikbewegung zu geben, schienen uns vor allem zwei Punkte für unsere Arbeit wichtig:

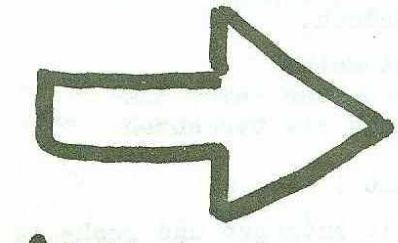
1. Das offenkundige Auseinanderklaffen der von den Streikenden in ihrer Praxis begonnenen Abweichung von der systemtragenden Gewerkschaftslinie und ihrem systemkonformen Mißverständnis dieser ihrer eigenen Praxis.

2. Die durch die Streiks, z.B. bei Hoesch und Klöckner, von einem theoretischen in ein praktisch-strategisches Problem verwandelte Bedeutungszunahme der betriebsspezifischen Konflikte in der Großindustrie, die zugleich, so trade-unionistisch sie auch erscheinen mögen, die von der Gängelung durch den Gewerkschaftsapparat befreite, selbstorganisierte Praxis der Belegschaft als notwendigen praktischen Inhalt mit sich führen.

Diese beiden, freilich durch eingehendere Analyse zu präzisierenden Punkte können vielleicht doch zu einer Fortschritt bedeutenden strategischen Verständigung über unsere Arbeit führen und damit zu Kriterien ihrer Organisierung. So könnte der strategische Bedeutungswandel der betriebsspezifischen Konflikte in den konzentriertesten Industriegebilden gerade für die Entwicklung selbstorganisierter Praxis der Belegschaften vielleicht zu dem Bewußtsein führen, daß wir die Betriebsgruppenarbeit im engeren Sinne zum einen kräfteökonomisch auf strategisch wichtige Betriebe und zum anderen auf die danach herleitbaren wichtigsten Konfliktsituationen konzentrieren müssen. Zugleich würde von hier aus dem Feld der Zubringer-Arbeiten wohl eine Prioritätenliste von analytischen, schulenden, agitatorischen und technischen Aufgaben zu geben sein.

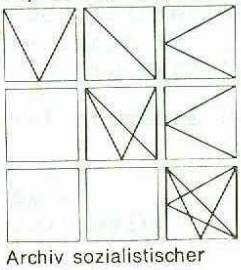
Auf der anderen Seite zeigt die unter 1) genannte Tatsache, daß gegenwärtig bereits erstaunlich weit verbreiteten Arbeitskämpfe praktisch die systemtragende Gewerkschaftslinie verlassen, ohne daß die Akteure sich dessen ganz bewußt würden und dadurch fähig, praktische Konsequenzen daraus zu ziehen, wie sehr das Feld der Zubringerarbeiten auch für den anderen Zweck zentralisiert werden muß, nämlich Kontakte und Informationen weit über Berlin hinaus aufnehmen und verarbeiten zu können (d.h. vor allem: allen Beteiligten handlich verfügbar machen zu können) und darüberhinaus ein jeweiliges Minimum für solche Praxis wichtiger Kenntnisse in der Weise zu erarbeiten, daß diese Kenntnisse$ wie nützliche Handschuhe oder Mollis auch verschickt und örtlichen Gruppen zur Verfügung gestellt werden können.

Um es zum Schlußmverkürzt zu sagen: die große Chance, die unserer Arbeit aus der westdeutschen Streikbewegung erwachsen kann, liegt in den um einen qualitativen Sprung verbesserten, und gegen Dogmatismus gefeit machenden Bedingungen für eine unakademische, auf die Praxis gerichtete Strategieverständigung, und zwar Strategieverständigung zwischen allen an der Basis arbeitenden Gruppierungen; die Organisation einer solchen bereiten, öffentlichen und auf praktische Resultate gerichteten Strategieverständigung würde wahrscheinlich selbst der erste Schritt zur Reorganisation unserer Arbeit sein können.



NEUAUFLAGE ERSCHIENEN!

Rosa Luxemburg
Die Akkumulation des Kapitals und Antikritik



Archiv sozialistischer Literatur 1
573 Seiten, DM 28,00

Rosa Luxemburg untersucht in diesem berühmten Standardwerk der Imperialismustheorie, ob in einem nach aussen geschlossenen kapitalistischen Wirtschaftssystem fortlaufend sich erhöhende Investitionen als Bedingung des Profits möglich sind. Sie kommt dabei zu dem Ergebnis, dass der Kapitalismus auf die Dauer nicht ohne äussere Expansion bestehen kann.

für Genossen DM 2o.oo

FLUGBLÄTTER - Beispiele zur Streik-Agitation des SDS

In Saarbrücken hat eine Gruppe versucht, sich mit roten Fahnen an einer Arbeiterdemonstration zu beteiligen. Sie ist abgedrängt worden, die Fahnen sind den Genossen von Arbeitern weggenommen worden. Andererseits haben die Arbeiter aber die Flugblätter der Gruppe positiv aufgenommen un d sie Journalisten gegenüber als Ausdruck ihrer eigenen Ansichten präsentiert. Darüberhinaus haben an einigen Betrieben im Saarland rote Fahnen geweht.

Dieser Widerspruch muß interpretiert werden mit dem ökonomischen Bewußtsein der Arbeiter, die zwar gegen die Gewerkschaft agieren, ihre eigenen Kämpfe aber als reine Lohnkämpfe begreifen. Das heißt nicht, daß die Streiks nicht bereits Ausdruck des Klassenbewußtseins sind, daß die Durchsetzung eigener Interessen im selbstorganisierten Kampf erzwingen will. Es ist vielmehr für uns nur ein Hinweis darauf, wo die politischen Aufgaben für sozialistische Studenten liegen.

SAARBRÜCKEN

Liebe Kollegen und Genossen!

Die Nachricht von Eurem Arbeitskampf haben wir mit großem Interesse verfolgt. Wir wünschen Euch die besten Erfolge. Gewiß war das Verhältnis zwischen Euch Arbeitern und uns Studenten nicht immer das beste. Die Gründe für diese Meinungsverschiedenheiten waren sicher Verständigungsschwierigkeiten, an denen wir, Arbeiter und Studenten, die Schuld trugen; und die Unternehmer sowie deren Handlanger in Regierung und Gewerkschaftsspitzen hatten den Nutzen davon.

Um Mißverständnisse zu vermeiden: Wir sind nicht gegen Gewerkschaften an sich, wenn sie durch Selbstorganisation der Werktätigen entstehen und von deren Willen beherrscht werden und die wirklichen Interessen der Arbeiter vertreten. Da das Verhältnis heute aber nicht so ist, ist Euer spontaner Streik das einzig richtige Mittel, um Eure gerechten Forderungen durchzusetzen. Ihr beschreitet damit den glecichen Weg, den wir Studenten in unserem Kampf an der Universität eingeschlagen haben. Daß wir die gleichen Gegner und daher die gleichen Interessen haben, zeigt sich unter anderem an den Beschränkungen der Zuslassungen zum Studium wie daran, daß trotz Hochkonjunktur und wachsender Profitrate Eure Lohnforderungen nicht erfüllt werden sollen. Hier wie dort ist das Profitinteresse der Kapitalisten das Hauptmotiv. Denn diese können in ihren Betrieben und in der Gesellschaft nur solche Leute gebrauchen, die sich ihren egoistischen Interessen vollkommen unterordnen.

Daher darf eine Lohnerhöhung nicht Euer einziges Ziel sein!
Euer Ziel muß die Kontrolle der Betriebe durch die Arbeiter sein, ähnlich der Mitgestaltung des Universitätsbetriebes kdurch die Studenten.
Laßt Euch nicht einschüchtern und denkt immer daran:
ALLE RÄDER STEHEN STILL, WENN EUER STARKER ARM ES WILL !

In diesem Sinne nehmt unseren Ausdruck der Solidarität entgegen und rechnet auf unsere Unterstützung!

Studentenschaft der
Universität des Saarlandes

SAARBRÜCKEN 2

WARUM MÜSSEN STUDENTEN UND ARBEITER GEMEINSAM KÄMPFEN ?

1. Die Lohnsituation verschlechtert sich dauernd. Denn der Lohn des einzelnen Arbeiters bleibt über längere Zeit gleich. Bei den Kumpels ist es besonders schlimm: seit 1958 stehen fast die gleichen Zahlen auf den Lohnzetteln. Aber das Leben wird dauernd teuerer. "Schleichende Inflation". Dieser Zustand herrscht in allen hochentwickelten kapitalistischen Staaten.

2. Durch Lohnkämpfe können die Arbeiter erreichen, daß sich ihre Lage für kurze Zeit verbessert. Aber weil das Leben dauernd teurer wird, hält die Verbesserung nicht lange an. Wenn daher die Arbeiter und Kumpels um höhere Löhne kämpfen, erreichen sie eigentlich nur, daß ihr Anteil am großen und immer größer werdenden Kuchen nicht immer kleiner wird.

3. Wenn auch der einzelne Vorstand sich bis zum letzten weigert, mehr zu zahlen: für die gesamte Wirtschaft ist es nur gut, wenn nicht zu niedrige Löhne gezahlt werden. Dann können die Leute nämlich mehr kaufen, und die Kapitalisten noch mehr verdienen. Deshalb khelfen Lohnerhöhungen eigentlich nur, das kapitalistische System zu stärken.

4. Die über längere Zeit auf einer bestimmten Höhe festgehaltenen Löhne entsprechen nicht dem Wert, den Kumpels und Arbeiter durch ihre Arbeitskraft erzeugen. Den größten Teil dieses Wertes eignen sich die Kapitalisten an: ihre Profite. Die Profite sind vom Arbeiter geschaffene Werte, die dem Arbeiter gewaltsam entzogen werden (durch die Rechtsordnung). Sie gehören eigentlich in ihren Lohn. Das ist "Schmarotzen", das ist "Diebstahl"!

5. Auch die Studenten kämpfen gegen die Kapitalisten. Die Kapitalisten nützen die Universitäten nämlich aus, um ihre Profite zu sichern. Sie bestimmen über die Regierungen, wieviel Geld die Unis bekommen. Dann werden nur die Fächer finanziert, an denen die Industrie interessiert ist, weil sie Akademiker braucht. Die Unis und die Studenten können nicht mehr das lernen und forschen, was für alle wichtig und interessant ist, sondern nur noch das, was die Industrie für wichtig hält.

6. Arbeiter und Studenten kämpfen also letztlich gegen denselben Feind: gegen die Kapitalisten und gegen die Gesellschaft, die das kapitalistische Schmarotzertum zuläßt und seine Abschaffung unmöglich macht.

7. Der Arbeiter, der sich wehrt, seinen Lohnkampf im Zusammenhang mit solchen politischen Tatsachen zu sehen, gleicht dem Patienten, der sich bei der Arbeit immer wieder an einer heißen Maschine verbrennt und gegen diese Schmerzen nur Schmerztabletten nimmt - anstatt an der Ursache, der Maschine, etwas zu ändern. Eine solche Haltung ist reaktionär und muß entschieden bekämpft werden. Wer nur einzelne Symptome bekämpft, ohne die Ursachen zu berücksichtigen, spuckt gegen den Wind. Je nach Windstärke fliegt ihm die Spucke früher oder später wieder ins Gesicht.

8. Die rote Fahne, so sehr sie durch sogenannte Kommunisten schlechtgemacht ist, ist ein Symbol für alle, die diese Spuckerei gegen den Wind nicht mehr mitmachen. Sie haben ihre Feinde und die Umstände, die diese in ihren Stellungen halten, durchschaut und leisten Widerstand. Wer gegen die rote Fahne hetzt, ist gegen eine langfristige Verbesserung der miesen Lage in Betrieben, Schulen und Universitäten.

9. Das Mißtrauen der Arbeiter gegen die Studenten nützt nur denen, die an der Uneinigkeit zwischen beiden ein Interesse haben: den Kapitalisten. Natürlich gibt es Studenten, denen es nur um die eigene Karriere geht und diem später selbst Unterdrücker und Ausbeuter im Dienste des Kapitals werden. Aber man muß unterscheiden zwischen diesen reaktionären Studenten und den sozialistischen Studenten. Nur die reaktionären Studenten muß man bekämpfen. Man erkennt sie vor allem an ihren kurzen Haaren und an der Tatsache, daß sie immer für Ruhe und Ordnung sind, abwiegeln, egal wie schlimm die Zustände sind.
Und: was hat die Länge der Haare mit dem Charakter zu tun? Was spricht dagegen, einen gemeinsamen Feind gemeinsam zu bekämpfen? Laßt Euchx von den [illegible] U-Booten der Kapitalisten in Euren eigenen Reihen wie diesem Schneider Max von der CDU nicht von der Verfolgung Eurer eigenen Interessen abhalten. Entlarvt sie und schmeißt sie raus!

Die Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Studenten ist auch aus einem weiteren Grund notwendig: Beide haben Informationen, die den anderen helfen können.

- die Arbeiter kennen die sozialen und rechtlosen Verhältnisse in ihren Betrieben, die die sozialistischen Studenten in ihrem Kampf gegen das Kapital kennen müssen.
- die Studenten kennen bestimmte Tatsachen aus Gesellschaft und Politik, die den Arbeitern von der herrschenden Klasse [illegible] bewußt verheimlicht werden - aus Angst davor, daß die Arbeiter sich dann nichts mehr gefallen lassen und sich die ganze Scheiße vom Hals schaffen. Zu diesen Tatsachen gehört z.B., daß der Wohlstand bei uns durchaus nicht ewig währt, sondern nur von der Unterdrückung der unterentwickelten Länder abhängt. Je mehr sich Inder, Afrikaner, Südamerikaner usw. befreien, umso schlechter werden da die Aussichten. Auf die Dauer stehen die Kapitalisten gegen eine gewaltige Übermacht.

Jeder kann also vom andern lernen, seine eigene Situation besser zu überschauen. Für dieses gemeinsame Lernen hat sich in anderen Städten die Arbeitsweise der Betriebs-Basisgruppen bewährt. Wer Interesse an einer solchen Zusammenarbeit hat, kann bei der Studentenschaft der Universität des Saarlandes anrufen (Tel. 259 98) oder ihr schreiben.
Daher:

Es lebe die Solidarität zwischen Arbeitern und sozialistischen Studenten!
Kampf dem gemeinsamen Feind, dem Kapital!

Frankfurt 1

STATT WAHLKAMPF KLASSENKAMPF !!

Wenige Tage nach der Premiere von Kiesingers Wahlzirkus in der Arena der Westfalenhalle nahmen die Arbeiter in
Dortmund, Duisburg, Essen, Neunkirchen, Geislingen,
Bremen, Osnabrück und Ibbenbüren ihren Kampf auf.

SIE STREIKEN!!

Nachdem in zwei Jahren ' konzertierter Aktion' und 'Sozialpartnerschaft' die Kapitaleigentümer und Konzernherren ungeheure Profite abgesahnt haben, sind die Arbeiter von Hoesch,Rheinstahl Klöckner u.a.nicht länger den Stillhaltephrasen der Gewerkschaft und den Dichterworten Schillers gefolgt.

Wie haben die Dortmunder ihren Streik gemacht?
Am Dienstag forderte ein anonymes Flugblatt zur Versammlung der Arbeiter vor dem Verwaltungsgebäude auf, um 2o Pfennig Lohnerhöhung zu erzwingen. Es versammeln sich 3ooo Kollegen. Die Firmenleitung tritt sofort zusammen und glaubt, mit 15 Pfennig den Streik abwiegeln zu können. Die Arbeiter geben sich mit diesem Kompromiß nicht zufrieden, lachen Firmenleitung und Betriebsrat glatt aus und fordern 3o Pfennig unabhängig von den anstehenden Tarifverhandlungen. Da sich die Firmenleitung stur stellt und Betriebsrat und Gewerkschaftsfunktionäre bereits abzuwiegeln beginnen, greifen die Arbeiter am nächsten Tage zu konkreten Kampfmaßnahmem:

- Versammlung vor dem Verwaltungsgebäude
- Sprechchöre
- Sitzstreik vor dem Gebäude der Firmenleitung
- Besetzung des ersten Stocks des Verwaltungsgebäudes(die Angestellten solidarisieren sich)
- einige Arbeietr versuchen, ddie Luxusvilla zu stürmen
- --und schließlich ein massenhafter Demonstrationszug von 24ooo Arbeitern durch die Dortmunder Innenstadt, wobei der Verkehr lahmgelegt wird.

Diese Kampfmaßnahmen und die massenhaft demonstrierte Solidarität der 24ooo ist die Macht, die Bosse, Gwerkschaftsfunktionäre und Politiker innerhalb von Stunden in die Knie zwingt: Die Verhetzung und falsche Information durch Fernsehen u und Presse können die Konzernherren nicht mehr rechtzeitig zum Einsatz bringen.
Ihre Parole:
'I h r schadet unserer Volkswirtschaft' wird von den Arbeitern als gemeiner Trick entlarvt: 'Es sind nicht unsere Interessen, denen wir schaden, es sind ihre: die Profitinteressen des Kapitals!
Die Dortmunder Arbeiter haben ihre Forderungen durchgesetzt.
In Essen, Bremen, Geislingen usw. haben sie den Kampf aufgenommen. - Immer mehr beginnen ihre Interessen zu erkennen.

Nach Lebensmittelverteuerungen
Nach Mietpreiserhöhungen bis zu 3o %
Nach Anhebeung der Sozialbeiträge von 14 auf 16%
Nach Kürzung der Kilometerpauschale von 5o auf 36 Pfenni
und nach Herabsetzung des Kindergeldes von 4o auf 3o DM
haben die Arbeiter den Kampf um ihre unmittelbaren Interessen dort aufgenommen, wo sie stark sind: imBetrieb - und nicht in der Werbeabteilung des Unternehmerstaates: dem Bundestag.

Was die Regierung der großen Koalition den Arbeitern mit einer Hand genommen hat, warf sie mit der anderen Hand den Unternehmern wieder in den Rachen. Als die investitionsmüden Unternehmer wieder Lust am Geldschaffen bekamen, als die IG Metall sich im Mai des vorigen Jahres mit 4 % für 1968 abspeisen ließ, da waren die Reingewinne der Unternehmer in diesem Jahr schon wieder klammheimlich um 22,8 % angeschwollen. (Bundesbankbericht) Wenn aber die Arbeiter nach den Wahlen nicht mehr als Stimmvieh gebraucht werden, dann heißt's: zahlen, zahlen, zahlen - so wie nach den Bundestagswahlen 61 und 65, als sich die Lebenshaltungskosten wie nie zuvor verteuerten.

Können die Unternehmer ihre Profitinteressen am besten Nach den Wahlen durchsetzen, so müssen die Arbeiter ihre Lohnforderungen vor den den Wahlen erkämpfen, dann nämlich, wenn die Unternehmerparteien CDU/SPD/ FDP um das Wohlwollen ihres Stimmviehs buhlen.

Wollte die mit der SPD verkuppelte IG-Metall die Tarifverhandlungen erst nach dem Wahlkampf hinter verschlossenen Türen führen, so versucht sie jetzt, wo ihr die Kollegen das vermasselt haben, mit scheinradikalen 14%-Forderungen die Streiks abzuwürgen: hinterher schauen dann sowieso nur jämmerliche 7 % dabei heraus - und für Brenner ein Extralob von Industrieboß Berg.

Die Arbeiter der Klöckner Hütte Bremen haben darauf die richtige Antwort: Sie setzen ihren Kampf um die 80 Pfennig fort - und da soll sich die Gewerkschaft, wenn sie den Streik schon nicht unterstützen will, gefälligst raushalten. Und wenn sie anschließend in Tarifverhandlungen zusätzliche 14% herausholt, um so besser.

Ein Dortmunder Arbeiterß'Die machen riesenhafte Gewinne und wir sind immer die letzten, die was davon kriegen.! Einen gerechten Lohn gibt es hier sowieso nicht. Was uns der Unternehmer gibt, wird von uns doch vorher rangeschafft.'

Solange es Kapitalisten gibt, werden die Arbeiter immer kämpfen müssen, um einigermaßen leben zu können. Aber das Recht, über das von ihnen Geschaffene selbst zu bestimmen, erreichen die Arbeiter nicht, indem sie es fordern - sondern nur, indem sie es sich nehmen ! Sie erreichen es nicht durch Lohnforderungen - aber Lohnkämpfe sind jetzt die einzige Möglichkeit, ihre beschissene Lage etwas erträglicher zu machen.

Wahlen sind von den Parteien der Unternehmer veranstaltete Schaukämpfe, um die Arbeiter von ihren Interessen abzulenken.

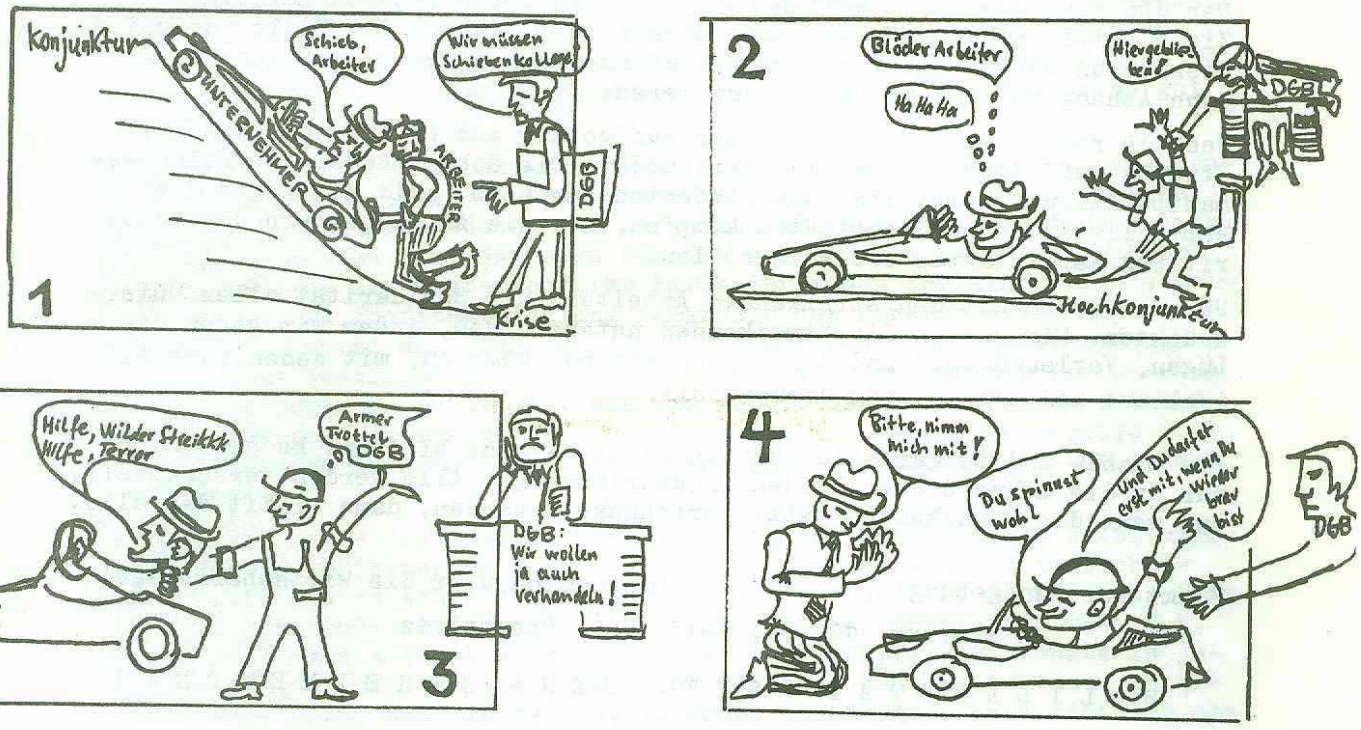
Nicht auf den Kanzler, die SPD-Bundesligamannschaft, auf die ARBEITER kommt es an !

MERKE: 'Ein Arbeitnehmer ist jemand, der einem Arbeitgeber seine Arbeitskraft gibt."
Und dieser Arbeitnehmer sollte nicht so blöd sein, den Unternehmerparteien auch noch seine Stimme zu geben !

Frankfurt 2

S O L I D A R I T Ä T S K U N D G E B U N G

Die Streiks der Stahl- und Bergarbeiter haben die Herrschenden, ihre Minister, Parteiredner und Journalisten in helle Aufregung versetzt. Sie predigen Ruhe und Ordnung, sie predigen Vernunft, die wieder einkehren müsse. Aber diese Vernunft ist die der kapitalistischen Wirtschaftstechniker, für die der Schornstein nur raucht wenn die Profite stimmen. Es sind die propagandistischen Gebetsmühlen dieser Vernunft, die in monotoner Mechanik den Arbeitern die Angst um "ihre" Arbeitsplätze eintrichtern: die die streikenden Arbeiter als dumme Jungens hinstellen, weil sie mit ihren Streiks "ihre" Arbeitsplätze gefährdeten; die in der Rezession die Vernunft des Stillhaltens gegen Lohndruck dahergeleiert hat. Diese Vernunft will, daß die Arbeiter um "ihre" Arbeitsplätze zittern sollen. Ausbeutung und autoritäre Organisation, die Bestimmung durch einige große Manager sollen sie hinnehmen - aus Furcht um solche Arbeitsplätze.



Die Lohnpolitiker der Gewerkschaften haben sich als treue Agenten der Konzertierten Aktion erwiesen und Jahr für Jahr die Vernunft einer Lohnentwicklung durchgesetzt, die einem Lohnstopp bei kräftigen Preissteigerungen verdammt nahekommt. Den Vogel haben die scheinradikalen Helden um Brenner abgeschossen, die ihrem Konzertdirigenten Schiller und seiner SPD mit einem Lohnabschluß von 8% noch rasch einige freundliche Takte in das Stück bringen wollten, mit dem sie das Konzert der Wahlkämpfer bestreiten. Für die Lohnabhängigen sind das Sirenenklänge. Die 8% bedeuten im Verhältnis zu den ins gigantische gestiegenen Gewinnen ein Butterbrot, vom dem Preissteigerungen nach den Wahlen schnell das Fett wegschmelzen werden.

Weil sie sich das nicht mehr gefallen lassen wollten werden die streikenden Arbeiter verketzert. Der DGB-Boß Vetter hat die Katze aus dem Sack gelassen: Die Gewerkschaften dürften die Arbeiter nicht über die wahre Wirtschaftslage aufklären, weil sonst noch mehr unkontrollierte Unruhe entstünde.

So ist es die erste SOrge der Gewerkschaftsführer, daß die Arbeiter schnell wieder an die Arbeit trotten. Damit die selbstherrlichen Spitzenfunktionäre in den gemütlichen Sesseln vornehmer Hotels ungestört und "verantwortungsbewußt" verhandeln, d.h. faule Kompromisse machen können.

Der Gipfel der Verleumdung ist die Behauptung, die Streiks seien ferngesteuert - von Kommunisten, APO, SDS angezettelt. Wir verstehen gut, wenn Kiesinger, der sein Handwerk in den Propagandaministerien der Nazis gelernt hat, sich große Bewegungen nicht anders als gelenkt vorstellen kann. In W+rklichkeit wissen die Techniker der Meinungsindustrie ganz gut, daß der "Mißbrauch durch radikale Gruppen" eine Masche ist, die den Arbeitern das Selbstbewußtsein nehmen soll, für ihre eigene Sache kämpfen zu können, die Schwankende unsicher machen und die Streikende öffentlich isolieren soll. Als ob eine Handvoll Kommunisten und einige S+udenten mir nichts dir nichts Zehntausende zum Streik aufhetzen könnten.

Der SDS sagt dazu: wir wollen den Arbeitern keine fremden politischen Ziele aufpfropfen. Wir bestimmen unsere Auffassungen und Ziele in freier Diskussion selbst und wir wissen, daß nur dann etwas zu erreichen ist, wenn Abhängige sich selbst organisieren.

Weshalb ruft dann der SDS zu einer Kundgebung und Diskussion über die Streiks auf? Auch uns hat man verleumdet. Die Schmutzkübel der Meinungsmanipulation fließen über die Studenten herunter, seit sie gegen die kapitalistischen Universitäten kämpfen, die sie zu Antreibern des autoritären Kapitalismus erziehen sollen.

Uns verbindet mit den streikenden Arbeitern die Solidarität aller Unterdrückten. Wir wollen die Streikenden unterstützen, indem wir gegen die Lügen, Verleumdungen und den Meinungsterror kämpfen, mit denen ihre Aktion isoliert und zerschlagen werden soll.

Die Stahl- und Bergarbeiter dürfen nicht alleine bleiben. Es geht nicht nur um die Löhne dieser beiden Industriezweige. Alle werden verschaukelt, und wenn die Streikenden jetzt verschaukelt werden, dann trifft das alle.

Kommt zur Kundgebung! Diskussion über die Wirtschaftslage!

Freitag, 12. 9., 18:30 Uhr, Opernplatz

S O L I D A R I T Ä T M I T D E N S T R E I K E N D E N !

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS

Flugblatt Hannover

NICHT WAHLKAMPF, KLASSENKAMPF ! Nr.1

D i e s e S p r a c h e v e r s t e h e n d i e U n t e r n e h m e r

Wenige Tage nach der Premiere von Kiesingers Wahlzirkus in der Arena der Westfalenhalle ("Wahlkampf") nahmen die A r b e i t e r in Dortmund, Dusiburg, Essen, Neunkrichen, Haidhof, Geislingen, Osnabrück, Bremen, Kiel ihren K a m p f auf: STREIK !

1968 stiegen die Gewinne aus Unternehmerträtigkeit und Vermögen um 2o.9 % (Rekord!). Die Summe des Arbeitslohnes dagegen stieg nur um 5.3 %. Auf dem Stahlsektor, von dem die Streikbewegung ausging, war dieses Mißverhältnis noch empörender. Der Preis für die Tonne Baustahl stieg im Laufe des letzten Jahres von 32o kauf über 9oo Mark. Der Hoesch-Konzern schüttet in diesem Jahr 6 % mehr Dividende (Kapitaleignergewinne) aus, genau wie 1968. Die Löhne aber waren durch langfristige Tarifverträge eingefroren. Merke: Der Aktionär kassiert, der Arbeitsmann malocht!

Gleichzeitig aber steigen die Kosten für die tagtäglich notwendige Wiederherstellung der Arbeitskraft: Verteuerung der Nahrungsmittel, Mietpreiserhöhungen bis zu ± 3o %. Die Sozialbeiträge wurden von 14 auf 16 % angehoben, die Kilometerpauschale dagegen von 5o auf 36 Pfennig gesenkt. Mit den Anti-Straßenbahn-Aktionen in Hannover (Üstra-Konflikt), Heidelberg und Saarbrücken wurden die Preistreiberei schon erfolgreich bekämpft. Die Arbeiter waren nicht bereit, noch mehr zu zahlen für Bahn und Bus, die sie dorthin bringen, wo sie das einzige verkaufen, was sie zu verkaufen haben: ihre Arbeitskraft.

Aber nicht nur gegen Preiswucher organisierten sie den Widerstand. Nachdem in zwei Jahren staatlich verordneter "Sozialpartnerschaft" und "konzertierter Aktion" die Konzernbosse und Kapitalbesitzer ungeheure Profite abgesahnt haben, sind die Arbeiter von Hoesch, Rheinstahl, Klöckner, Pfaff, Howaldt und der Ruhr- und Saarzechen nicht länger den Stillhaltephrasen der Gewerkschaft und den Dihhterworten Schillers gefolgt: STREIK !

Sonderschicht auf Sonderschicht muß gefahren werden. Die Arbeiter spüren den Stahlboom, der den Bossen ungeheure Profite einbringt, in den Knochen, aber nicht in der Lohntüte. Die Löhne liegen an einer Leine, die Gewerkschaft und Unternehmer gemeinsam gedreht haben. Einen Höhepunkt erreicht der Unternehmerzynismus, als in diesem heißen Sommer den Arbeitern an den Hochöfen und Walzstraßen eine einmalige "Hitzeprämie" gezahlt wird, die einen Ausgleich für den kerhöhten Getränkeverbrauch darstellen. soll. Die Arbeiter fühlten sich zurecht verkackeiert! Ein Saarkumpel sagt: "Die Gewerkschaft läßt zu, daß wir im Berg schuften wie die Tiere sechs Tage in der Woche und pro Monat dreimal sonntags und mit 7oo Mark nach Hause gehen." (Frankfurter Rundschau vom 11.9.). Bei VW und Hanomag in Hannover sind Sonderschichten bis auf weiteres vorsorglich abgesetzt worden.

+ Zuerst durchbrechen die Stahlarbeiter spontan mit solidarischen Streiks die langfristigen Tarifverträge.
+ Aus ihrer Mitte wählen sie Kollegen, denen sie ihre Interessen anvertrauen. An die Stelle von Gewerkschaftsfunktionären treten spontan benannte Streikkomitees, die den Bossen unmittelbar gegenübertreten.
+ Sie stellen durch Delegationen Kontakte zwischen den streikenden Belegschaften her, die verhindern sollen, daß die Aktionseinheit durch gezielte Falschmeldungen gestört und die Kollegen verwirrt werden.
+ In Dortmund bildet sich ein Arbeiterkomitee, in dem die Kumpel aller bestreikten Zechen ihre Aktionen aufeinander abstimmen.
+ Mit mächtigen Demonstrationen (Dortmund, Saarbrücken, Kiel) und Verkehrsblockaden, mit Sitzstreiks und Besetzungen von Verwaltungsgebäuden verleihen die Arbeiter ihren Forderungen Nachdruck.

Jetzt sagen alle und allen voran der Klempner der "konzertierten Aktion" Schiller: Eure Forderungen waren berechtigt. Aber die Art, wie Ihr die Lohnerhöhungen durchgesetzt habt, hat uns sehr mißfallen. Schon im Oktober letzten Jahres hatte einer der Professoren, die für die Bundesregierung die wirtschaftliche Entwiclung beobachten, die maßvolle Lohnpolitik der Gewerkschaften kritsiert: Das sei jetzt schädlich für die Konjunktur.

Wie kommt es, daß Politiker, Unternehmer und Gewerkschaftsfunktionäre plötzlich die Lohnerhöhungen begrüßen, die ihnen in den konjunkturpolitischen Kram passen, gleichzeitig aber die Aktionen, mit denen diese Erfolge erzielt wurden, für illegal und kriminell erklären? Die Arbeiter hatten erkannt, wo ihre Macht liegt - im Betrieb. Und sie hatten$ über Nacht Kampfformen wiederentdeckt und entwickelt, die den Bossen und Kapitalisten über die paar Groschen Lohnerhöhung hinaus gefährlich werden können. Sie waren insbesondere ohne den "Ordnungsfaktor" (Industriekurier) Gewerkschaften ausgekommen: "Der Sprecher eines einheitlichen Streikkomitees, Alfred Olschewsky, forderte die streikenden Bergleute auf, 'Diktatoren' in Betriebsrat und Gewerkschaft abzuwählen." (Frankfurter Rundschau vom 12.9.).

Solange es Kapitalisten gibt, werden die Arbeiter immer kämpfen müssen, um einigermaßen zurechtzukommen. Aber das Recht, über das von ihnen geschaffene selbst zu bestimmen, erreichen die Arbeiter nicht, indem sie fordern - sondern nur, indem sie es sich nehmen! Indem die A r b e i t e r erst einmal die Produktion k o n t r o l l i e r e n ! Das erreichen sie nicht durch Lohnforderungen - aber Lohnkämpfe sind jetzt die einzige Möglichkeit, ihre beschissene Lage etwas erträglicher zu machen.

Die Lohnabhängigen sind mit zusammen 16o Milliarden Mark an den insgesamt 922 Milliarden Mark Sachvermögen beteiligt, das in der Bundesrepublik Deutschland existiert. Aber das Sachvermögen der Lohnabhängigen besteht ausschließlich in Konsumgütern, in Fernsehgeräten, PKWs, Waschmaschinen, Haushaltseinrichtungen, in die der kschnelle Verschleiß schon eingebaut ist, damit der Rubel rollt. Die gehen nach einiger Zeit kaputt, und man muß sie durch neue ersetzen, die man wieder aus der Lohntüte bezahlt. Das weitaus größere Sachvermögen der zahlenmäßig verschwindend kleinen Minderheit von Unternehmern aber besteht zum größten Teil in Maschinen, Fabrikhallen usw. Mit diesen Produk-

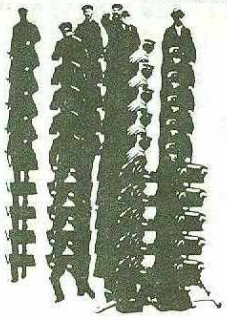
tionsmitteln kann die kleine radikale Minderheit wieder verdienen, wenn sie die Arbeitskraft der Arbeiter dazukauft. Wenn eine Maschine ausrangiert wird, hat sie inzwischen das 2o- oder 3o-fache ihres Preises eingebracht. Ein altes Fernsehgerät aber wandert auf den Müll oder wird für ein paar Mark verscheuert. Und unter dem Strich steht nichts oder so gut wie nichts.

Nur im Betrieb können die Arbeiter diese Verhältnisse ändern, dort sind sie stark - und nicht in der Werbeabteilung des Unternehmerstaates: im Bundestag. Nicht auf den Kanzler und die SPD-Bundesligamannschaft, auf die Arbeiter kommt es an!

Kolleginnen und Kollegen!
Wir werden Kollegen aus Betrieben, die bestreikt wurden, nach Hannover einaladen und mit ihnen eine öffentliche Informationsveranstaltung durchführen. Genaueres auf den nächsten Flugblättern der

Betriebsprojektgruppe im SDS Hannover

Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution



Fotomechanischer Nachdruck der Erstausgabe von 1929, Format 28,5 x 21 cm, 528 Seiten, Flexibler Einband im Schuber.

DM 50,00

für Genossen
DM 4o.oo

Wann wären die Deutschen nicht um Jahrhunderte zurückgewesen?
Michael Bakunin
(Deutsch-Französische Jahrbücher)

Was hat die deutsche Revolution vom November 1918 gebracht? Sie hat die bürgerliche Republik geschaffen. Sie hat durchgeführt, was 1848 erträumt, was 1792 in Frankreich in ungleich radikalerer Weise vollendet und was 1917 in Russland bereits überwunden war. Sie hat die Rückständigkeit von Jahrhunderten gegenüber dem Westen überbrückt, aber nur, um eine neue Mauer der Rückständigkeit gegenüber dem Osten aufzubauen.
Die deutsche Novemberrevolution hat von zwei Dutzend Köpfen die Kronen heruntergeschlagen. Sie hat die längst überlebte Herrschaft des Junkertums über den Staatsapparat beseitigt und die Bourgeoisie zum Alleinherrscher gemacht. Aber sie hat noch nicht einmal alles erfüllt, was das Bürgertum überall und stets erstrebte, wo und solange es revolutionär war.
Wie es geschehen konnte, dass der erste Ansturm der proletarischen Revolution in Deutschland zurückprallte, eine Reihe von schweren Niederlagen einleitete, sein vorläufig greifbares Ergebnis der Sieg der Konterrevolution und der Staat des Grosskapitals wurde, das soll in diesem Buch geschildert werden.

Aus: Rote Kommentare - Betriebsprojektgruppe Heidelberg

WILDER STREIK - AKTIVER STREIK 40 000 streiken

Das Gespenst des Streiks geht durch die Bundesrepublik.Die Kapitalisten und ihr Staat zittern vor dem längst totgesagten Proletariat.40.000 sind an der Ruhr und Saar und in Süddeutschland in den Streik getreten.Die Gewerkschaften haben die Kontrolle verloren und laufen hinter den Arbeitern her,die sich mit einem mächtigen Ruck aus den Fesseln des Apparats gelöst haben.Die Bild-Zeitung versucht,den Klassenkampf als Oktoberfest zu diffamieren:"Tausende sangen: 'So ein Tag,so wunderschön wie heute'" - so möchte es Bild haben.In Wirklichkeit haben sich Tausende von Arbeitern aus dem kapitalistischen Zwangsapparat befreit und haben den Kampf gegen die Monopole und ihre Knechte eröffnet. Die Spielerei und die "neutralen Verhandlungen der Tarifpartner" sind vorbei. Aus der Unternehmertraum von der konzertierten Aktion und einer entmündigten und gegängelten Arbeiterschaft.

Die Streikbewegung

In den letzten Wochen sind die Preise für Stahl von 320.-DM auf über 900.-DM pro Tonne gestiegen.Den Arbeitern hätte - unter Gleichbleiben aller anderen Bedingungen - dementsprechend eine Lohnerhöhung um fast das Dreifache zugestanden.Die Unternehmen boten -.15 DM ab ersten Dezember.Die Betriebsräte der Hoesch AG erhandelten -.20 DM ab 1.September.Die Gewerkschaften unternahmen nichts.Während sich die Hoesch-Arbeiter bei Phoenix und Union mit den -.20 DM zufriedengaben,zogen im Werk Westphalenhütte 3 000 Arbeiter am 2.9. spontan mit roten Fahnen und Transparenten vor das Verwaltungsgebäude und besetzten die Flure.Sie forderten -.30 DM(was im Vergleich zu den Riesenprofiten des Konzerns immer noch viel zu wenig war).Der Betriebsrat hatte nichts besseres zu tun,als die Arbeiter zu "beschwichtigen".Am nächsten Tag schlossen sich die Arbeiter von Phoenix und Rheinrohr den Streik an.Sie demonstrierten durch die Dortmunder Innenstandt und blockierten den Verkehr.Auf der Westphalenhütte vereinigten sich die Streikenden zu einer 20 000-Mann starken Protestversammlung.Einige Arbeiter versuchten die Villa des Generaldirektors zu stürmen.-Schon gegen Mittag hatten die 24.000 Arbeiter der Hoesch AG ihre Forderungen durchgesetzt: -.30 DM mehr ab 1.September,die auf die kommenden Tarifverhandlungen nicht angerechnet werden,volle Bezahlung der bestreikten Schichten.-Am selben Tag kündigten die bayrischen Brauereiarbeiter einen Streik um 10% Lohnerhöhung an.

Am nächsten Tag (4.9.) ließ auch die Gewerkschaft mal was von sich hören: die Tarifverträge für die 230 000 eisen-und stahlerzeugenden Arbeiter in Nordrhein-Westfalen laufen am 1.November ab.Die Gewerkschaften "erwägen" schon jetzt in neue Tarifverhandlungen einzutreten.Am selben Tag greift die Streikwelle über auf die Arbeiter der Rheinstahl AG in Duisburg (1 300) und die Neunkircher Eisenwerke an der Saar (10 000).Bei Mannesmann in Duisburg strieken zuerst nur 300 Arbeiter.Sie besetzen das Werkstor und zwingen die ganze Schicht zum Streik.Andere ziehen vor das Verwaltungsgebäude.Sie alle fordern -.30 DM mehr ab 1.September.Am folgenden Tag ruht die Produktion in den 3 Werken der Rheinstahl,in Duisburg,Mühlheim und Gelsenkirchen. 10 000 Arbeiter der Klöckner-Hütte in Bremen und Osnabrück schließen sich an. Bei Rheinstahl fordern die Arbeiter jetzt -.50 DM.Bei Klöckner -.80 DM.Jetzt bietet die Konzernleitung schon von sich aus .-30 DM an.12.000 Arbeiter der Rheinstahl AG in Hattingen wollen sich dem Streik anschließen.Die Arbeiter der Schachtanlage Fortsetzung in Erckenschwick schließen sich dem Streik an. Der Streik greift über auf die eisenverarbeitende Industrie:die Arbeiter der Maschinenfabrik Geislingen (1 750) streiken um Hebung in eine höhere Ortsklasse,entsprechend dem Hauptwerk (Schnellpresse Wiesloch).

Die Unternehmensleitungen lehnen in den meisten Fällen Verhandlungen mit den streikenden Arbeitern ab:sie wollen nur mit der IG-Metall verhandeln (da geht's

"neutraler" zu).Der Bund Deutscher Arbeitgeberverbände erklärt:"Die IG-Metall wird versuchen müssen,ihre tarifpolitischen O r d n u n g s f u n k t i o n durch Vermeidung wilder Streiks oder ähnlicher Alleingänge wieder in den Griff zu bekommen."

Die IG-Metall erklärt,daß sie die wilden Streiks nicht unterstützt und daß sie "die Situation wieder in den Griff bekommen will".Kein Wort von Selbstkritik:Die IG-Metall hat nicht versagt,weil sie sich nicht um die Interessen der Arbeiter gekümmert hat,sondern weil sie ~~xxxxxxxxxxxx~~ die Herrschaft über die Arbeiter verloren hat.Ein Vorstandsmitglied der IG-Metall sagt,daß er schon vor längerer Zeit ein Vorziehen der Tarifverhandlungen gefordert hat.Aber nicht,weil das im Interesse der Arbeiter ist,sondern "wegen der Unruhe unter den Arbeitern".Deutlicher kann die IG-Metall nicht sagen,daß sie ihre Aufgabe nur darin sieht,die Arbeiter an der Kandare zu halten.

Unternehmer und Gewerkschaften wollen zusammen "die Ausuferung ~~xxxxxxxxxxx~~ von wilden Streiks verhindern":Noch am Freitagnachmittag kündigt die IG-Metall schnell vorzeitige Tarifverhandlungen an.Die IG-Bergbau und Energie und Steinkohle-Bergbau schließen sich dieser Erklärung vorsichtshalber an.Aber jetzt ist nicht mehr die Zeit,wo sich die Arbeiter durch solche Erklärungen Sand in die Augen streuen lassen:Nur 10% der mindestens 15 000 Streikenden an der Ruhr nehmen auf die Erklärung der IG-Metall hin die Arbeit wieder auf.

Eins ~~xxxxxxxxxx~~ beunruhigt die Kapitalisten und ihren Staat besonders:die rote Fahne, die überall in den Streiks auftaucht.Hysterisch erklären die Unternehmer,daß die Streikwellen nicht politisch gesteuert sind und Bundeswirtschaftsminister Schiller dankt der Belegschaft der Hoesch AG ,daß sie die Politisierung des Streiks verhindert hat.Die Unternehmer haben Recht,wenn sie meinen,die Streikwelle sei nicht politisch gesteuert:Sie wird weder von den Gewerkschaften noch von einer Partei gelenkt,die Arbeiter sind von sich aus spontan in den Streik getreten.Eben deshalb ist der Streik politisch,eben deshalb jammern Unternehmer und Gewerkschaften,daß sie die Kontrolle über die Arbeiter verloren haben.Minister Schiller hat sich zu früh und bei den Falschen bedankt.Die Unternehmer wissen,was sie zu fürchten haben.Auf keinen Fall wollen sie gegen die wilden Streiks mit "harten Maßnahmen"vorgehen.

Am Wochenende zeigte sich,daß die Versuche der Gewerkschaften,die Arbeiter wieder an die Kandare zu kriegen,vorerst scheitern.Die Zahl der Streikenden ist auf 25.000 gewachsen.Gleichzeitig wird die Streikbewegung immer militanter.Auf der Klöckner-Hütte in Bremen verhindern Arbeiter, daß das flüssige Roheisen aus dem Mischer abgefahren wird.Wenn das Metall erkaltet,wird der Mischer,der einige Millionen wert ist,unbrauchbar.Die Klöckner-Arbeiter fordern jetzt eine Erhöhung der Ecklöhne um -.82 DM.In den Eisenwerken Neunkirchen bot der Unternehmensvorstand den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 8% ab 1.September und tarifvertraglich verankertes Weihnachtsgeld.Otto Brenner hatte Anfang August die von der IG-Metall erhandelten 8% als "großartigen Erfolg" gefeiert.Die Neunkircher Arbeiter geben sich aber mit ihren ohne die "großartige" Macht der IG-Metall selbst erkämpften 8% nicht zufrieden:sie streiken weiter. Obwohl die IG-Metall jetzt die Tarifverhandlungen auf Donnerstag angesetzt hat und 14 % fordern will,haben sich inzwischen auch die Gelsenkirchener und Röchlinger Arbeiter der Streikbewegung angeschlossen.

Am Dienstag schrieb die Bild-Zeitung:"Vernunft setzt sich durch"Die Streiks seien bis auf wenige Ausnahmen beendet.Die Rheinstahl Arbeiter hätten 50 DM Vorschuß durchgesetzt,nur im Bergbau würden noch mehrere Tausend streiken."Schuld" an der "englischen Krankheit"(die sich durch Ansteckung Verbreiten soll),seien die Kommunisten,~~xxx~~ die unvernünftigen Unternehmer (natürlich nicht die vernünftigen) und Bundeswirt-

schaftsminister Schiller.-In Wirklichkeit hat sich am Montag die Streikbewegung auf über 40.000 Arbeiter verdoppelt.Wenn die Streikenden die unverschämten Lügen der Bild-Zeitung lesen,können sie sich ihr Teil über Bild denken.

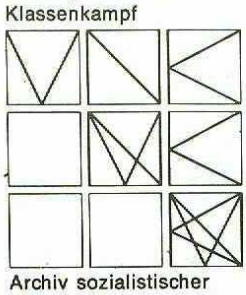
Am Montag streikten im Stahlbereich die 10.000 Arbeiter von Klöckner weiter und nahmen das Angebot der Unternehmensleitung von 40 Pfennig nicht an.Dazu traten alle 8 &000 Arbeiter der Max-Hütte in Bayern in den Streik.Sie fordern eine Lohnerhöhung von 50 Pfennig und zusätzlich 5% wegen Nachholbedarf.Die Neunkircher Kollegen setzten 8%,mindestens aber 30 Pfennig und eine betriebliche Zulage von 20 Pfennig durch und nahmen die Arbeit wieder auf.Bei Rheinstahl hatte die Frühschicht die Arbeit wieder aufgenommenaber die Mittagsschicht leitete erneut die Diskussion über die Situation ein und trat wieder in den Streik.Jetzt schlossen sich auch die Arbeiter der Rheinstahl Großwerke in Gelsenkirchen dem Streik an.

Vor allem aber traten am Montag die 20 000 Bergarbeiter an der Saar in den Streik .Alle Kohlengruben an der Saar stehen still.In Saarbrücken zogen 5 000 Bergleute vor die Hauptverwaltung der Saarbergwerke AG.Sie fordern 12%-15% Lohnerhöhung.

Am Montag hatte die Streikbewegung auch schon sichtbare Auswirkungen auf das Kapital:Die Aktien der Stahlkonzerne sanken um 2%,in Chemie und Elektro gingen die Kurse ebenfalls zurück - mitten in der Hochkonjunktur.

Der Arbeitgeberverband hat erkannt,was die wilden Streiks bedeuten: Gegnüber der "Welt am Sonntag" erklärte er:"Die wilden Streiks ... erschüttern das Fundament unserer Wirtschaftsordnung."Wenn die Kapitalisten"unsere Wirtschaftsordnung"sagen,meinen sie die Wirtschaftsordnung der Kapitalisten:Die Streikbewegung richtet sich gegen den Kapitalismus.

F. Bieligk, E. Eckstein, O. Jenssen, K. Laumann
Die Organisation im Klassenkampf



Archiv sozialistischer Literatur 7
235 Seiten, DM 18,50

Die Verfasser gehören zu jenen sozialdemokratischen Linken, die sich seit 1927 um die Zeitschrift „Klassenkampf" gruppierten.
Nach einer Darstellung der Anfänge der selbständigen Organisationen des Proletariats in den wichtigsten kapitalistischen Ländern werden Geschichte und Struktur der sozialdemokratischen Parteiorganisation analysiert.
Im Mittelpunkt dieser Arbeit stehen eine Untersuchung über das Verhältnis von Organisation und Klasse und die Analyse der Funktion des Apparates in der sozialistischen Organisation.

für Genossen DM 15.oo

Thesen zur Berichterstattung über den Streik in der bürgerlichen Presse
Vorgetragen auf der Kundgebung am 12.9. auf dem Frankfurter Opernplatz

Die Reaktion der bürgerlichen Presse auf das Phänomen der wilden Streiks ist für uns nur interessant unter dem Aspekt ihrer unterschiedlichen Ausrichtung auf die Interessenlage ihrer Leserschaft. Wenn die Publikationsorgane der bürgerlichen Presse auch niemals in der Lage sein werden, eine adäquate Einschätzung politischer Phänomene zu geben, so haben sie doch in dieser durch den Streik gegebenen Situation ihre Funktion erkannt und offen wahrgenommen.

1. In allen Kommentaren wird die "konzertierte Aktion" als ein Instrument des rationalen Interessenausgleichs, gleichsam als Ausdruck kollektiver Vernunft gepriesen und in ihrer angeblichen Rationalität zum fadenscheinigen Argument hochstilisiert, gegen die als irrational diffamierte Streikbewegung.
So hat die Bild-Zeitung versucht, die Unvernunft dieses Streiks dadurch zu suggerieren, daß sie als nahezu einzige Information den Beschluß der Krankenversicherungen mitteilte, die Versicherungsleistungen für die Streikenden und ihre Familien wärend der Zeit des wilden Streiks auszusetzen.

2. In keiner der überregionalen Zeitungen wurden die Stellungnahmen der Streikenden selbst publiziert. Stattdessen wurden die Seiten gefüllt mit irrelevanten Verlautbarungen der anerkannten Institutionen, der Parteien und Gewerkschaften, oder den hilflosen Kommentaren ihrer Vertreter. D - durch sollte demonstriert werden, daß der Zustand, daß die Gewerkschaft die Kontrolle über die streikenden Arbeiter verloren hat, nicht mehr lange andauern könne. Lediglich die Frankfurter Rundschau antizipierte die mögliche Entwicklung einer außergewerkschaftlichen Opposition.

3. Aus der Machtlosigkeit der Gewerkschaften zogen die liberale und die explizit reaktionäre Presse unterschiedliche Konsequenzen: Die liberale Presse hat die Gewerkschaften aufgerufen, die legitimen Forderungen der streikenden Arbeiter aufzunehmen, und sich damit Einflußmöglichkeiten auf die Dauer des Streiks zu verschaffen, um zu verhindern, daß sich eine Opposition gegen die Gewerkschaften bildet, die bewußt politisch und organisatorisch das weitertreiben könnte, was faktisch mit diesen wilden Streiks schon eingeleitet ist. Während im Gegensatz dazu die reaktionäre Presse den Gewerkschaften nahelegt, den Lohnforderungen nicht nachzukommen, um "die Balance der Wirtschaft nicht unvernünftig zu verändern". Die FAZ und das Handelsblatt als die Presseorgane des Top-Management mußten sowohl die hohen Lohnforderungen als "lohnpolitische Freubeuterei" bezeichnen, als auch den schwindenden Einfluß der Gewerkschaftsführung als eine Gefahr für die in der freiheitlichen Rechtsordnung verankerte Tarifautonomie der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände werten.

4. Die Verunsicherung, die dadurch entstand, daß man das Phänomen des wilden Streiks nicht in das ideologische Bezugssystem herkömmlicher Berichterstattung einzuordnen vermochte, sollte reduziert werden, in-

dem dieser Streik auf die Initiative "linksextremistischer Kräfte" zurückgeführt wird. Gleichzeitig aber sollen dergleichen Hinweise auf die Gefahr kommunistischer Umtriebe und studentischer Rädelsführerschaft die möglichen Tendenzen einer Solidarisierung von Seiten der nicht unmittelbar betroffenen Arbeiter abbauen.

So können wir zwischen vier Typen der Berichterstattung differenzieren, die im Zusammenhang mit der Streikbewegung deutlich wurden: a) die Massen und Boulevardpresse, die sich direkt an die Streikenden und nicht streikenden Arbeiter wendet, mit der Intention, die Isolation der Streikenden von den anderen zu verstärken. b) die reaktionäre Bildungspresse, die sich als konstituierendes Element des Klassenbewußtseins der Herrschenden versteht und deren Interessen formuliert, c) die liberale Presse sieht den Streik als die Folge technischer Pannen im Konfliktmanagement und leitet daraus die Notwendigkeit einer Neudefinition der Tarifbestimmungen ab. d) Eine klassenbewußte Presse aber, die sowohl die Streikenden unterstützt als auch Aktionen einer bestehenden Avantgarde einleitet und koordiniert, existiert in den Köpfen der Genossen, die die Notwendigkeit solcher Publikationsorgane auf Bundesebene einsehen.

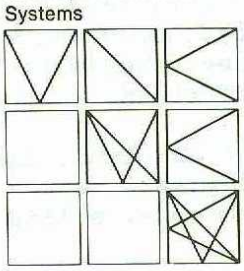
VERLAG NEUE KRITIK

Unsere Bücher sind zum Genossenpreis
in folgenden Buchhandlungen zu haben:

Berlin:Das politische Buch,Lietzenburger Str.99
Hamburg:Spartakus,Schlüterstr.86
Frankfurt:Libresso am Opernplatz 10
Erlangen:Politladen,Hindenburgstr.17
Heidelberg:Politische Buchhandlung,Schiffgasse 3
Freiburg:Libro libre,Herrenstr.53
Hannover:Buchhandlung Ingeborg Becker,Alte Celler Heerstr.32

28.- für Genossen

Henryk Grossmann
Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems



Archiv sozialistischer Literatur 8
651 Seiten, DM 36,00

Diese Arbeit geht von der Frage aus, ob in einer Gesellschaft, in der der Arbeitsprozess nur als Mittel für den Verwertungsprozess erscheint, eine unbegrenzte Ausweitung der gesellschaftlichen Produktion und damit zugleich der privaten Akkumulation möglich ist. Grossmann versucht aufzuzeigen, dass selbst unter den idealen Gleichgewichtsbedingungen des abstrakten Marx'schen Schemas der erweiterten Reproduktion es im Fortgang des Akkumulationsprozesses zu unvermeidlichen Disproportionen zwischen den beiden Sphären der Produktion kommen muss und dass das Anwachsen der Kapitalwerte mit ihren Verwertungsverhältnissen in Widerspruch gerät.

HEIDELBERG

Den Kampf gegen die Einführung der analytischen Arbeitsbewertung mit der großen Streikbewegung verbinden

Die große Streikwelle, die die Bundesrepublik erschüttert, hat vor allem eine Ursache: Die Arbeiter und Angestellten wehren sich dagegen, daß die Profite der Unternehmer ins unendliche steigen, und das deshalb, weil die Löhne in konzertierter Aktion künstlich niedrig gehalten werden. Die Gewerkschaften, die sich ihren Absprachen mit den Unternehmern und der von Schiller und Strauß formulierten unternehmerfreundlichen Politik mehr verpflichtet fühlen als den Interessen der Lohnabhängigen, versuchen jetzt vergeblich, die große solidarische Streikbewegung wieder einzuholen, mit der zig-Tausende sich gegen die hemmungslose Ausbeutung und Profitmacherei wehren. Ein anderes Beispiel für die konzertierte Aktion von Gewerkschaften und Unternehmern ist die Einführung der analytischen Arbeitsbewertung. Hier wird den Arbeitern vorgemacht, daß ihre Arbeitsleistungen nichts mit den Profiten, die damit gewonnen werden, zu tun haben. Die analytische Arbeitsbewertung soll solche solidarischen Kampfmaßnahmen, wie die jetzigen großen Streiks, von vorn herein verhindern. Die Arbeiter sollen in der Entlohnung völlig der Willkür der einzelnen Betriebsleitung mit Unterstützung der Gewerkschaft unterworfen werden.

Auch in Heidelberg wird in immer mehr metallverarbeitenden Betrieben die analytische Arbeitbewertung eingeführt. Unter anderem nächste Woche in der Firma Grau - Bremse. Viele Kollegen diskutieren Abwehrmaßnahmen gegen diesen großen Betrug. Wir meinen, daß die Arbeiter der betroffenen Betriebe nur mit dem Streik beweisen können, daß sie die Manöver von Gewerkschaftsführern und Unternehmern durchschauen und daß sie nur mit dem Streik die kleinen vorübergehenden Vorteile, mit denen sie jetzt geködert werden sollen, absichern können. Ein Streik bei der Einführung der analytischen Arbeitbewertung hätte also folgende Ziele:

1. Die dauerhafte tarifliche Absicherung aller Zulagen, die die Betriebsleitungen jetzt als Köder versprechen, um sie bei nächster Gelegenheit wieder zurückzunehmen.
2. Die Ausrichtung der Löhne nicht nach der von irgendeiner Kommisssion geschätzten Arbeitsleistung, sondern nach dem Zuwachs der Profite des Unternehmens.
D.h., daß die Löhne und Zulagen jetzt schon weit über die 8 %, die die IG-Metall im August ausgehandelt hat, steigen müssen. Ausserdem muß gesichert sein, daß bei jeder Rationalisierung die Löhne nicht sinken, weil die Arbeit dann angeblich leichter wird, sondern sie müssen steigen, weil die Profite, die der Unternehmer mit den neuen Maschinen macht.
3. Die Bewertung der Arbeitsplätze darf nicht irgendeiner Kommission überlassen werden, sondern die Kollegen der einzelnen Abteilungen müssen diesen Vorgang so bestimmen, daß sie nicht durch eine Konkurrenz am Arbeitsplatz gegeneinander ausgespielt werden können.

Im folgenden noch einmal eine Darstellung der Methode der analytischen Arbeitsbewertung.

→ Was bringt die analytische Arbeitsbewertung ?

Die analytische Arbeitbewertung wurde in den letzten 2o Jahren von den Gewerkschaften und den Unternehmern in gemeinsamer Arbeit entwickelt. Diese Einigkeit, die allein schon Grund zum Mißtrauen bot wurde noch stets betont durch die gemeinsam veröffentlichten Lobsprüche auf dieses angeblich so gerechte Mittel der Lohnbemessung.

Die schließlich erfolgte Einführung der analytischen Arbeitbewertung in einer rasch zunehmenden Zahl von Betrieben bot die Möglichkeit, dieses "Wunderkind" , daß aus unheiliger Ehe von Gewerkschaften und Unternehmern hervorging, einer genauen Prüfung zu unterziehen. Dabei wurde schnell klar, daß das Mißtrauen gegen diese angeblich so gerechte Methode analytischer Arbeitsbewertung sehr berechtigt war, Was den Arbeitern als Fortschritt angedreht werden soll, ist in Wahrheit ein gewaltiges Betrugsmanöver, hinter dem nur notdürftig versteckt einige grundlegende Widersprüche des Kapitalismus stecken.

Das blieb auch den Arbeitern all der Betriebe, in denen dieses Verfahren der Lohnbemessung und Arbeitsrationalisierung eingeführt wurde, nicht lange verborgen. Eine Anzahl von Streiks, die der Einführung der analytischen Arbeitsbewertung folgten, beweisen dies. In noch frischer Erinnerung sind uns die Streiks bei Bopp & Reuter in Mannheim, ein Metallbetrieb mit ca. 2 000 Beschäftigten, bei Kolbenschmidt in Rot bei Heidelberg und der jüngste Streik bei Daimler-Benz in Sindelfingen.

Es ist sinnvoll, vor der Darstellung aller in der analytischen Arbeitsbewertung enthaltenen Gefahren für die Masse der Arbeiter in der BRD, dieses Verfahren selbst in seinen Grundzügen kurz zu erläutern:

Die Einführung des analytischen Systems der Arbeitsplatzbewertung sieht im einzelnen so aus: Eine paritätisch aus Vertretern des Betriebsrats und des Unternehmers zusammengesetzte Kommission von Fachleuten fertigt für jeden Arbeitsplatz eine sogenannte Arbeitsbeschreibung an, in der sie ausführt, was alles nötig ist, um eine bestimmte Arbeit auszuführen. Sie gibt darin eine Arbeitsbezeichnung (z.B. Betriebsschlosser) und beschreibt, wie der Arbeitsplatz des Betriebsschlossers aussieht, welche Arbeitsunterlagen dem Arbeiter zur Verfügung stehen (z.B. mündliche Anweisungen des Meisters) sodann, welche Arbeitsmittel benutzt werden(die Werkzeuge); schließlich sagt sie noch, an welchem Werkstück der Arbeiter arbeitet und wie der Arbeitsvorgang und Arbeitsablauf aussehen. Wenn die Arbeitsbeschreibung angefertigt ist, wird sie vom Unternehmer bewertet.

Diese Bewertung geschieht nach insgesamt 2o Bewertungskriterien (Bewertungsmerkmale, die in 8 sogenannte "aktive" und in 12 "passive" Bewertungsmerkmale aufgeteilt). Die Kommission hat also zu bewerten, wieviel an Können (d.h. Arbeitskenntnissen und Erfahrung sowie an Geschicklichkeit) für eine bestimmte Arbeit nötig ist. Ausserdem bewertet sie, wieviel an Verantwortung für Betriebsmittel und Produkt, für die Arbeit anderer und die Sicherheit anderer der einzelne Arbeiter an seinem Arbeitsplatz trägt. Des weiteren misst sie die Belastung der Muskeln, der Sinne und Nerven und des Denkapparates des Arbeiters bei der Arbeit. Schließlich fallen noch die Ungebungseinflüsse, die sogenannten Bewertungsmerkmale, ins Gewicht, das sind: Temparatur, Nässe, Öl, Fett, Schmutz, Staub, Gase und Dämpfe, Lärm, Erschütterung, Blendung und Lichtmangel, Erkältungsgefahr, Unfallgefahr.

Alle diese Bewertungsmerkmale werden jetzt von der Kommission in eine bestimmte Rangstufenfolge eingetragen. Dazu dient eine Skala von 0 - 100 Punkten. Ausgehend von einem Normalmaß, daß der Unternehmer willkürlich festsetzt, stellt er fest, mit wieviel Punkten welches Bewertungsmerkmal in die Rangskala eingetragen wird. Braucht der Arbeiter für seine Arbeitsplatz z.B. sehr viele Arbeitkenntnisse und Erfahrungen, so bekommt er dafür nach Gutdünken des Unternehmers in der Rangskala 60 oder 85 oder 9o Punkte. Muß er dabei ausserdem noch viel denken, so kann ihm der Unternehmer dafür 25 Punkte zugestehen. Findet sich wenig Staub an seiner Arbeitsstelle (oder besser: so viel Staub, daß der Unternehmer meint, es sei wenig,) so bekommt er dafür 5 oder 0 oder 1o Punkte in der Skala, und so geht es fort mit sämtlichen Bewertungsmerkmalen.

Damit ist die Bewertung der Arbeit aber noch nicht zu Ende. Für den Unternehmer bedeuten die Arbeitskenntnisse und die Erfahrung, die der Arbeiter beider Ausführung seiner Arbeits gänge beweisen muß, mehr als die gesundheitlichen Schäden, die der Arbeiter bei seiner Arbeit erleidet. Denn aus den Gesundheitsschäden macht der Unternehmer keinen Profit, wohl aber aus dem Können des Arbeiters. Also haben die einzelnen Bewertungsmerkmale ein unterschiedliches Gewicht. Das Können des Arbeiters hat für den Unternehmer mehr Gewicht als die Gesundheit. Also wertet er das Können höher, und zwar so: wenn alle 20 Bewertungsmerkmale in der Rangstufenskala mit verschiedenen Punktzahlen eingatragen sind, wird die gefundene Punktezahl mit einem sogenannten Wichteschlüssel multipliziert. Diesen Wichteschlüssel prüft bei Beschwerden die eingesetzte Kommission von Fachleuten. Es ist klar, daß die Fachleute der Kommission vor allem das sogenannte "Betriebsinteresse" im Auge haben, und die Unternehmer ihnen vertrauen können.
Also: Für Arbeitskenntnis und Erfahrung, die ein Arbeitsplatz erfordert, hat der Arbeiter in der Rangstufenskala z.B. 70 Punkte erhalten. Da nun Arbeitskenntnisse uns Erfahrung für die Profitinteressen des Unternehmers sehr wichtig sind, hat dieses Bewertungsmerkmal den Wichteschlüssel 1,0. Hat der selbe Arbeiter in der Rangstufenskala für Gase und Dämpfe, denen er ausgesetzt ist,ebenfalls 70 Punkte erhalten, so werden diese nur mit einem Wichteschlüssel von 0,2 berechnet. Da die Punktezahlen in der Rangstufenskala mit ihrem Wichteschlüssel multipliziert werden, (Bei Können hier also 70x1, bei Gasen und Dämpfen 70x0,2) erhält der Arbeiter für das Bewertungsmerkmal Können die Zahl 70 als sogenannten Teilarbeitswert, für das Bewertungsmerkmal Gase und Dämpfe die Zahl 14 als Teilarbeitswert. Also gerade jene Arbeiten, die bisher wegen der enormen Belastung für den Arbeiter und der verheerenden Wirkung auf die Gesundheit höher bezahlt waren (Lackierer, Galvaniseur, Gießereiarbeiter u.s.w.) werden nun, durch die neue Regelung auch noch um die ohnehin beschissene "Entschädigung" gebracht.

So wie mit den beiden genannten Bewertungmerkmalen wird mit allen 2o verfahren:
Die festgestellte Punktezahl in der Rangstufenskala wird mit dem dazu gehörigen Wichteschlüssel multipliziert, bis man schließlich 20 verschiedene Teilarbeitswerte hat. Diese 20 Teilarbeitswerte endlich werden zu einer Summe zusammengezogen und dann durch 1o geteilt. Was dabei herauskommt, ist angeblich der Arbeitswert, den die Arbeit an dem beschriebenen Arbeitsplatz hat. Der für den Arbeitplatz ausgerechnete sogenannte Arbeitswert wird dann einer bestimmten Lohngruppe zugeordnet. Ein Arbeitswert zwischen 0 und 3,5 gehört in die Lohngruppe I, ein Arbeitswert zwischen 21,1 und 24,5 in die Gruppe VIII. Insgesamt

gibt es 12 Gruppen. Ecklohngruppe ist die Gruppe VI, (mit den Arbeitswerten 14,6 - 17,5) die mit 100 % des im Tarifvertrag festgelegten Grundlohnes bezahlt wird. Die anderen Lohngruppen werden in Prozent darauf bezogen. Gruppe II z.B. bekommt 80% des Grundlohnes, Gruppe VIII bekommt 112 % u.s.w.
Die Verschiedenheit der Arbeitsanforderungen wurden zur Grundlage der Lohnbemessung, nachdem die Arbeit in den Betrieben durch Einsatz von immer mehr Maschienen und durch das Streben der Unternehmer, durch Rationalisiserung der Arbeit die Gewinne immer höher zu häufen, in zahllose Arbeitvorgänge zerlegt worden war, die je voneinander verschiedene Anforderungen an den Arbeiter stellen.
Entscheidende Folge dieser Zerlegung in viele winzigste Arbeitsgänge bei der Herstellung eines einzigen Produkts war, dass der Zusammenhang zwischen dem Wert des Produkts und der Arbeit, die zu seiner Herstellung notwendig war, für den einzelnen Arbeiter nicht mehr durchschaut werden kann. Der Vergleich zwischen dem winzigen Anteil an den Werten, die er schafft, den ein Arbeiter als Lohn erhält und den gewaltigen Profiten, die die Unternehmer aus der Aneignung dieser Werte ziehen, machen jedem Arbeiter seine Lage als Ausgebeuteten klar. Der Lohn war immer nur eine kleine Entschädigung für die Werte, die die Arbeiter schufen, und die ihnen von den Unternehmern weggenommen wurden.

Diesen Zusammenhang versucht die analytische Arbeitsbewertung endgültig zu verstecken, bezahlt wird nicht mehr das Produkt, daß der Arbeiter schaft, bezahlt wird nur noch die Folge der Bewegungen, die Belästigungen durch allerlei unangenehme, unvermeidliche Dinge, wie Gerüche u.s.w., bezahlt wird schließlich die Menge Gedanken, die der einzelne Arbeiter nach Meinung der Kapitalisten zur Bewältigung einer ganz bestimmten Tätigkeit vollziehen muß. Mit dem Produkt seiner Arbeit aber hat der Arbeiter nichts mehr zu schaffen, so als sei dies gewissermaßen ein zufälliges Ergebnis seiner Arbeit. Dies bedeutet u.a. daß die Arbeiter keine Lohnforderungen mehr erheben können, wenn die Profite des Unternehmers aus dem Verkauf der vom Arbeiter geschaffenen Produkte gestiegen sind , denn mit der analytischen Arbeitsbewertung nimmt man dem Arbeiter das Recht, seinen Lohn am Wert des von ihm geschaffenen und damit an den astronomischen Profiten der Kapitalisten zu messen. Es folgt daraus, daß jede künftige Rationalisierung, die durch Produktionssteigerungen den Unternehmer noch reicher machen, für den Arbeiter Lohnminderungen bringen, da seine Tätigkeit "einfacher" und mithin geringer bewertet wird.

Die analytische Arbeitsbewertung, ein Mittel zur Beseitigung von Lohnkämpfen.

Die Gewerkschaften, die an der Schaffung der analytischen Arbeitsbewertung beteiligt waren und heute stolz darauf verweisen, daß in den Betrieben, die bereits mit diesem System arbeiten, die Durchschnittslöhne um 10% stiegen, verschweigen, daß sich die analytische Arbeitsbewertung inzwischen als eine gigantische Falle entpuppte, mit der in absehbarer Zeit die Kämpfe der arbeitenden Massen um höhere Löhne durch das Kapital kassiert werden sollen. Bereits seit längerem beklagen sich die Unternehmer darüber, daß ihre betriebsspezifischen Lohnabstufungen, die sie mit der Arbeitsbewertung festlegten, kaum daß sie eingeführt seien, durch Erhöhung der Tariflöhne oder sonstige Veränderungen im Tarifgefüge durcheinandergeworfen würden. Die Tarifabkommen

der Gewerkschaften werden ja "kollektiv" jeweils für eine ganze Branche abgeschlossen. So müssen sie zwangsläufig mit den von Betrieb zu Betrieb verschiedenen Lohnrangstufen zusammenstoßen. Folgerichtig schreien die Unternehmer bereits heute nach dem für ganz Westdeutschland geltenden kollektiven Arbeitswert-Lohnsystem; dessen Einführung aber hieße unter anderem: Daß nach den vorgelegten Plänen die "allgemeinen" Bestimmungen eines solchen kollektiven Arbeitswertsystems zwar weiterhin von den Tarifvertragsparteien ausgehandelt würden, daß aber die Gewichtungsfaktoren, jene Bestimmungen also, die festlegen, wer wieviel verdient, einzelbetrieblich entschieden würden. Dies, so meint eine Studie zur Arbeitsbewertung, sei leider der notwendige Preis, der - von den Arbeitern natürlich - gezahlt werden müsse für ein auf jedem Gebiet "maßgeschneidertes" Lohnsystem. Übersetzt heißt das, daß den Unternehmern Gelegenheit gegeben wird, noch ungehinderter als bisher ihre Politik im Betrieb zu machen; denn welche Arbeit was wert ist, entscheiden sie und damit auch unabhängig von den Gewerkschaften, die wieder ein Stück Handlungsfreiheit an die Unternehmer abgegeben haben.

Die Kämpfe der solidarischen Arbeiter gegen die Kapitalisten zur Durchsetzung höherer Löhne sollen ersetzt werden, durch den Kampf der Arbeiter untereinander. Der um ein paar Pfennige besser bezahlte Arbeitsplatz des Nebenmannes als Belohnung für "Klappehalten" und "Arschkriechen", das ist es, was die Gewerkschaften und Unternehmer als Fortschritt servieren.

DIE ANALYTISCHE ARBEITSBEWERTUNG - EIN MITTEL ZUR VERSCHLEIERUNG DER WIDERSPRÜCHE IM KAPITALISMUS

Die Entwicklung der Technik hat diese auf einen Stand gehoben, die es den Menschen erlauben würde, mit immer weniger Arbeit, immer mehr zu produzieren. Die Entwicklung der Technik in der kapitalistischen Gesellschaft findet aber dort ihre Grenzen, oder die Grenze ihrer Anwendung, wo sie beginnt einen wesentlichen Teil der Arbeit überflüssig zu machen. Dieser Tatsache steht eine andere gegenüber: Das Streben der Kapitalisten nach immer höheren Profiten erfordert, daß sie das für sie günstige Verhältnis zwischen den Herstellungskosten und dem Arbeitsergebnis erzielen. Sie müssen also einen Weg finden, die vorhandenen Produktionskräfte zu vermehren und die Produktionsmittel (Maschinen) so rationell als möglich einzusetzen, ohne die menschliche Arbeit und ein bestimmtes, für ihre Profite notwendiges Mindestmaß sinken zu lassen. Ein Mittel dazu ist die analytische Arbeitsbewertung und die ihr vorausgehende Arbeitsplatzbewertung. Die Millimeter und Bruchteile von Sekunde genaue Festlegung menschlicher Tätigkeiten macht die Arbeiter selbst zu Teilen ihrer Maschinen und beseitigt "Zufälligkeiten, persönliche Eigenheiten oder Charakterbedingte Abweichungen von vorgegebenen Normen", wie die schon zitierte Studie es ausdrückt.
Der bis ins kleinste Detail (z.B. die Handbewegung, die nötig ist, um einen Lichtschalter zu betätigen) festgelegte Arbeitsplan wird für den Arbeiter zur eisernen Kandare, in die er unbarmherzig eingeschlossen ist. Selbst geringe Abweichungen von dem ausgearbeiteten Arbeitsplan sind nicht mehr möglich, ohne den Gesamtablauf zu erschüttern, was dann Lohneinbußen bedeutet. Was also den Arbeiter von der Maschine unterscheidet, wird zur Zufälligkeit degradiert und gründlich beseitigt, um eine perfekte Ausbeutung zu ermöglichen. Das perfekteste System ist zugleich aber auch das anfälligsteund die Phantasie der Massen ist unerschöpflich im Kampf gegen die Ausbeutung.

945: Rote Kommentare 12.9.69
Herausgeber: Betriebsprojektgruppe Heidelberg
SALZ - Sandgasse 7

Die Streiks der letzten Woche beweisen, daß Betrug und Manipulation nichts nutzen. Den Arbeitern ist bewußt, daß die Ausbeutung ihrer Arbeitskraftden Unternehmern zu ungeheuren Profiten verhilft. Der Kampf gegen die analytische Arbeitsbewertung muß mit der großen Streikbewegung im Bergbau und in der Stahl- und Eisenindustrie verbunden werden.

DIE "STABILISIERUNG" DES KAPITALISMUS IN DER BUNDESREPUBLIK

Die Krise 1966/67 und ihre Lösung

1. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat die BRD eine Reihe konjunktureller Rückschläge erlebt, die zwar durch ein plötzliches Sinken der Zuwachsrate der Industrieproduktion, nicht aber durch ihren absoluten Rückgang gekennzeichnet waren. Diese konjunkturellen Rückschläge traten in den Jahren 1954, 1958 und 1963 auf. Die Rezession 1966/67 war deshalb schärfer als die vorangegangenen, weil sie zugleich erster Ausdruck einer schweren Strukturkrise der westdeutschen Wirtschaft war. Das Wachstumspotential der westdeutschen Wirtschaft war ausgeschöpft. Was heißt das? In den Jahren des "Wirtschaftswunders" war das schnelle Wachsen der Industrieproduktion hauptsächlich drei Faktoren zu verdanken: 1. dem Wachstum des Arbeitsvolumens (Summe der Erwerbstätigen multipliziert mit der geleisteten Arbeitszeit), 2. dem Produktivitätsfortschritt (Erhöhung der Produktion pro Arbeitsstunde, bedingt durch a) technischen Fortschritt - Automatisierung, b) arbeitsorganisatorischen Maßnahmen - Rationalisierung), 3. der bis dahin ausreichenden Entfaltung der Qualifikationsstruktur der Arbeitskraft.

Günstig für die Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft war nicht nur die Tatsache, daß eine hochqualifizierte Arbeiterschaft nach dem Krieg vorhanden war, sondern daß ein ununterbrochener Zustrom von Flüchtlingen erst aus den ehemaligen Ostgebieten, dann aus der DDR, für einen ständigen Nachschub qualifizierter Arbeitskräfte sorgte. Ohne daß der Staat (Bund, Länder, Gemeinden) und die Unternehmen ihre Ausgaben für Bildung, Berufsausbildung und Umschulung steigern mußten, entsprachen Zahl und Qualifikation der Arbeitskräfte den Erfordernissen des Produktionsprozesses. Die dadurch mögliche Einsparung an sozialen Kosten der Produktion verschaffte der westdeutschen Industrie gegenüber den Industrien der meisten anderen kapitalistischen Länder Preisvorteile. Das war eine wichtige Voraussetzung dafür, daß die westdeutsche Industrie Positionen auf dem Weltmarkt erobern konnte. Das schnelle Wirtschaftswachstum der BRD erklärt sich aus diesen günstigen Exportmöglichkeiten. Auch die konjunkturellen Rückschläge konnten jeweils durch verstärkten Warenexport beseitigt werden.

1961 wurde durch den Bau der Mauer in Berlin die Zufuhr von Arbeitskräften aus der DDR gestoppt. Zum Ausgleich dafür wurden ausländische Arbeiter engagiert. Deutsche Arbeiter wechselten aus dem Produktionssektor in den Handels- und Dienstleistungssektor über, während ausländische Arbeiter in der Produktion nachrückten. Zeitweise konnte der quantitative Zustrom von Arbeitskräften helfen, die Beschäftigungsstruktur zu verbessern, die gesellschaftliche Arbeitsteilung zu entwickeln und auf diese Weise die Produktivität zu erhöhen. Aber die durch einen solchen Umsetzungsprozeß ausgenutzten Reserven sind bald erschöpft. Dann kommt es nicht mehr auf quantitativen Zustrom von Arbeitskräften, sondern auf die Entwicklung der Qualifikationsstruktur der Arbeitskraft an. Nicht mehr Kapitalinvestitionen zur Rationalisierung und Erweiterung des Produktionsmittelbestandes, sondern sich langfristig auswirkende Bildungsinvestitionen sind dann nötig, um das wirtschaftliche Wachstum zu sichern.

Seit Anfang der 60er Jahre verlor die westdeutsche Wirtschaft ihre Kostenvorteile gegenüber anderen kapitalistischen Ländern. Durch die schnell anwachsenden Rüstungsausgaben wurden ausreichend hohe Ausgaben für Bildung und Verbesserung der Infrastruktur (z.B. Straßenbau) unmöglich gemacht. Industriezweige, deren Strukturkrise sich schon abzeichnete, und die gegenüber dem Ausland kaum konkurrenzfähige Landwirtschaft wurden mit Milliardenbeträgen aus dem staatlichen Haushalt subventioniert (diese Gelder dazu zu verwenden, Arbeitskräfte aus diesen Bereichen herauszuziehen und umzuschulen, Betriebe stillzulegen usw., war deshalb nicht möglich, weil Eingriffe in das Privateigentum an Produktionsmitteln dazu nötig gewesen wären). Erst als die Ruhrkohle nicht mehr abzusetzen war und die Stahlindustrie gegenüber ausländischen Konkurrenten ins Hintertreffen geriet, weil sie teilweise mit technisch veralteten Anlagen produzierte - als also die Profite zu sinken drohten - wurden "strukturpolitische" Maßnahmen ergriffen. Die Stahlindustrie schloß sich zu einem Kartell zusammen, das die Stillegung von Betrieben und die Preise regelte - und die in den letzten beiden Jahren erfolgten Zusammenschlüsse großer Stahlkonzerne vorbereitete. Dieser bisher beispiellose Konzentrationsvorgang in der westdeutschen Wirtschaft wurde von der die Arbeiter der Stahlindustrie"vertretenden" IG-Metall stillschweigend geduldet. Die Kohleindustrie wurde mit staatlicher Hilfe (durch die Regierung der Großen Koalition) sa-

niert: die Kapitalisten erhielten Prämien für die Stillegung der Zechen, also ihr Kapital zurück - die Bergarbeiter dürfen sich auf andere Berufe umschulen lassen, wo sie erst mal weniger verdienen. Schon vor der Krise 1966/67 hatten bürgerliche Wissenschaftler und Reformpolitiker erkannt, was für die weitere Entwicklung des Kapitalismus in der Bundesrepublik unabdingbar war: daß Arbeitskräfte aus zurückbleibenden Wirtschaftszweigen in Wachstumsindustrien (Chemie, Erdölverarbeitung usw.) geschleußt und daß generell die Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte verbessert werden müßte. Dazu war eine Rationalisierung des Bildungs- und Ausbildungssystems in der BRD nötig. 1965 forderte der von der Bundesregierung eingesetzte "Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage": Einführung des neunten Pflichtschuljahres, Verbesserung der Qualität der Grundausbildung, Reorganisation der Berufsschule, gesetzlichen oder tariflichen Anspruch auf Bildungsurlaub und steuerliche Anerkennung von Ausbildungs- und Umbildungskosten. Die SPD-regierten Bundesländer trugen diesen Forderungen als erste Rechnung (Einführung des 9. Schuljahres, Hochschulreform, Gesamtschule). Als die SPD während der Wirtschaftskrise in die Bundesregierung gelangte, erwirkte sie - neben der noch zu beschreibenden "neuen Wirtschaftspolitik" - z.B. ein "Arbeitsförderungsgesetz" (Erleichterung der Umsetzung und Umschulung von Arbeitskräften) und ein "Berufsausbildungsgesetz", das anachronistische Methoden der Berufsausbildung, die eben auch inzwischen dem Kapital schaden, beseitigt. Beides zeigt, daß die SPD die langfristigen Bedürfnisse der Weiterentwicklung des westdeutschen Kapitalismus vertritt.

2. Mit der Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials in der BRD hing eine andere Entwicklung zusammen. 1960 war zum ersten Mal die "Vollbeschäftigung" erreicht. Facharbeiter und andere qualifizierte Arbeiter waren besonders "knapp" und wurden entsprechend mit "übertariflichen Leistungen" von den Unternehmen honoriert. Die Gewerkschaften konnten ohne Streiks beträchtliche Lohnerhöhungen erreichen. Damit wurde eine Entwicklung umgekehrt, die während der "Wiederaufbauphase" des westdeutschen Kapitalismus die riesigen Investitionen möglich gemacht hatte: während der 50er Jahre sank der relative Anteil der Lohnabhängigen am Volkseinkommen (zwar stieg die Lohnquote absolut, aber zugleich stieg die Zahl der abhängig Beschäftigten noch schneller, so daß der Pro-Kopf-Anteil am Volkseinkommen langsam sank).

Seit 1960 stieg der relative Lohnanteil am Volkseinkommen langsam (der Pro-Kopf-Anteil der abhängig Arbeitenden am Volkseinkommen stieg). Die Lohnerhöhungen waren größer als die Erhöhungen der Produktionsleistung des einzelnen Arbeiters je Arbeitsstunde. Der Mehrwert, den die Kapitalisten aus der abhängigen Arbeit ziehen , wurde also geschmälert. Auch der Teil des Mehrwerts, der als Profit angeeignet wird, verringert sich. Von 1960 bis ins 1. Halbjahr 1966 sank der Anteil der Profite am Volkseinkommen um etwa ein Viertel.

Die Bereitschaft der Kapitalisten, Geldkapital in Produktionsanlagen zu investieren, ging rapide zurück, als zu der Profitschmälerung durch Lohnerhöhungen auch noch eine sinkende Ausnutzung der vorhandenen Produktionskapazitäten hinzukam. In den Jahren der Hochkonjunktur hatte die westdeutsche Industrie zuviel in die Erweiterung der Produktionsanlagen und zuwenig in deren Automatisierung und technische Verbesserung investiert. Außerdem wurde nichts in die Ausbildung und Qualifizierung der Arbeitskräfte investiert. Mit Beginn des konjunkturellen Rückschlages 1966 stellte sich heraus, daß Überkapazitäten vorhanden waren und die Arbeitskräftestruktur veraltet war. Die Konjunkturkrise mußte also dazu benutzt werden, einen "Strukturwandel" des westdeutschen Kapitalismus einzuleiten. Offenherzige Vertreter des Kapitals sprachen das damals auch aus. So sagte Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, eine "moderierte Rezession" sei nötig, "wenn wir wieder zu einer Stabilisierung der Verhältnisse zurückfinden wollen", und: "Ein Reinigungsprozeß ist gesund, er stärkt den wirtschaftlichen Organismus für künftige Aufgaben."

Der Mechanismus der Krise 1966/67 war der im Kapitalismus übliche: Mit plötzlich stagnierender Investition sank der Absatz von Investitionsgütern (Maschinen etc.). Die Folge war Kurzarbeit und Lohnabbau (Abbau übertariflicher Lohnbestandteile, "freiwilliger" Sozialleistungen der Unternehmer etc.) in der Infestitionsgüter- und der ihr vorgelagerten Grundstoffindustire (Stahlindustrie z.B.). Mit Kurzarbeit und Lohnabbau in der Schwerindustrie sinkt die Massenkaufkraft und damit der Absatz der Konsumgüterindustrie (zunächst der Absatz langfristiger Konsumgüter; typisch dafür während der Krise: VW, Opel usw.). Damit kommt es auch in diesen Industrien zu Kurzarbeit usw. Zugleich kaufen sie keine Maschinen und Grundstoffe mehr ein, so daß der Absatz der Investitionsgüter- und Grundstoffindustrie noch mehr zurückgeht usw. Dieser Mechanismus wurde durch die Maßnahme der Großen Koalition - die allesamt die "Investitionsneigung" der Kapitalisten durch die Chance zu höhren Profiten fördern sollten - unterbrochen.

Die SPD wurde für die Kapitalisen als Mitregierungspartei interessant, weil sie a) die Gewerkschaften mit den Unternehmern an "einen Tisch" bringen konnte, um die seit 1960 zu beobachtende "Lohnexpansion" (Stiegerung des Pro-Kopf-Anteils der abhängig Arbeitenden am Volkseinkommen) für die Zukunft auszuschließen - die faktische Zurücknahme dieser "Expansion" durch die Lohnverluste in der Krise sollten die Gewerkschaften hinnehmen; b) die SPD über Experten und Programme verfügte, die eine Stabilisierung der kapitalistischen Entwicklung durch verstärkte staatliche Eingriffe bewirken konnten (die CDU/CSU-Politiker waren an die "neoliberalen" Ideologien und Methoden der Nachkriegszeit gebunden, die nun nicht mehr ausreichten).

Die Krise 1966/67 hat eine umfassende Rationalisierung des Produktionsprozesses im kapitalistischen Interesse eingeleitet. Durch die Krise wurden:

1. etwa 1 Million Arbeitsplätze beseitigt (teilweise waren sie vorher schon durch den Au- Automationsprozeß überflüssig geworden, aber die Unternehmer hatten, um Streiks zu vermeiden, viele - besonders ältere - Arbeiter "mitgeschleppt", die jetzt vorzeitig pensioniert wurden; teilweise wurden Arbeitsplätze durch arbeitsorganisatorische Maßnahmen - Erhöhung der Disziplin usw. - "wegrationalisiert";
2. die Arbeitsproduktivität beträchtlich erhöht (von Ende 1966 bis Ende 1967 um 11%!) - teilweise durch den Wegfall von Arbeitsplätzen, teilweise durch die aus Angst um den Arbeitsplatz erhöhte Leistung der Arbeiter;
3. der Konzentrationsprozeß des Kapitals wurde beschleunigt (während der Krise machten nur kleine und mittlere Betriebe pleite; in der Stahlindustrie wurden Fusionen eingeleitet; die Kohleindustrie wurde kartelliert - der Verkauf von Ruhrkohle läuft jetzt über eine "Einheitsgesellschaft").

Bundesschatzminister Schmücker (CDU) konnte deshalb im Juni 1969 mit Recht sagen, "die Rezession 1966 sei gewollt gewesen, das Arbeitskräftepolster sei abgebaut, der Mißbrauch der Sozialversicherung zurückgegangen und die Arbeitsproduktivität gestiegen". Derartige Offenheit schätzt die SPD nicht. Der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Klaus-Dieter Arndt (SPD), bezeichnete Schmückers Feststellung der Tatsachen sofort als "Beleidigung der Existenzängste, die damals viele durchgemacht haben". Es ist natürlich immer eine Kränkung, wenn man erfährt, daß etwas, was einem schicksalhaft erschien, auch vom eigenen Verhalten abgehangen hätte. Schmücker verhöhnt die deutschen Arbeiter, indem er ihnen die Wahrheit sagt, die ihnen von Gewerkschaften und SPD vorenthalten wird. Natürlich ist es nicht die ganze Wahrheit: auch die Kapitalisten konnten die Rezession nicht einfach "wollen". Sie haben sie in ihrem Interesse auszunutzen verstanden - mit Hilfe der SPD.

Die neue Wirtschaftspolitik: "Stabilisierung", "Globalsteuerung", "Konzertierte Aktion"

1. Zur Überwindung der Rezession wurde von der Großen Koalition ein "Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" verabschiedet, das die staatliche Wirtschaftspolitik auf die Ziele: Preisstabilität, Vollbeschäftigung, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und stetiges Wirtschaftswachstum festlegen soll. Das wirtschafts- und finanzpolitische Instrumentarium, mit dem der Staat wirtschaftliche Abläufe steuern kann, wurde erheblich erweitert. Das heißt aber nicht, daß dieses Instrumentarium "neutral" ist - wie Wirtschaftsminister Schiller behauptet. Die "Globalsteuerung" wirtschaftlicher Abläufe durch den Staat geschieht immer im Interesse der Kapitalisten. Das Instrumentarium kann noch nicht einmal gegen die kurzfristigen Profitinteressen der Großindustrie verwendet werden, wie sich bei der Verhinderung der DM-Aufwertung durch die stärkere Regierungspartei gezeigt hat.

Das "Stabilitätsgesetz" schreibt der Regierung vor, "im Falle der Gefährdung" der wirtschaftlichen Ziele "Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeiander abgestimmtes Verhalten (Konzerterte Aktion) der Gebietskörperschaften (d.h. Bund, Länder, Gemeinden), Gewerkschaften und Unternehmerverbände zur Verfügung" zu stellen. Das einzig wesentliche "Orientierungsdatum" sind die "Lohnleitlinien" gewesen, die zwar die jährlichen Lohnerhöhungen wegen der formalen Tarifautonomie der Gewerkschaften nicht festlegen können, aber in Wirklichkeit 1967/68 noch unterschritten wurden. Die Gewerkschaften "erkämpften" noch weniger als Schiller ihnen zugestand (vgl. dazu auch den jüngsten Tarifabschluß der IG-Metall). Die Zusammenarbeit von Staat, Gewerkschaften und Unternehmern in der "Konzertierten Aktion" diente dem einzigen Zweck, den Anteil der Löhne am Volkseinkommen während des durch andere Maßnahmen eingeleiteten "Aufschwungs nach Maß" niedrig zu halten, um die "Investitionsneigung" der Unternehmer noch stärker anzuregen. Die Gewerkschaften ließen sich auf die "KOnzertierte Aktion" ein in der Hoffnung, so die Arbeitsplätze sichern zu können. Dafür, daß

die Arbeiter die sozialen Kosten der Rationalisierung des kapitalistischen Systems (der Reinigungskrise") getragen hatten, sollten sie später am Aufschwung maßvoll beteiligt werden. Darüberhinaus wurden die Gewerkschaften damit geködert, daß sie jetzt über die wirtschaftspolitische Planung "mitbestimmen" können. Die SPD sagt dazu in ihren "Sozialdemokratischen Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren":

> "Die wirtschaftlichen und sozialen Gruppen müssen an der Vorbereitung dieser Planung der staatlichen Wirtschaftspolitik mitwirken; Bundesregierung, Gewerkschaften und Unternehmer gehören auch in Zukunft an einen Tisch. Damit wird zugleich ein entscheidendes Tück gesamtwirtschaftlicher Mitbestimmung verwirklicht."

Die Gewerkschaften durften darüber mitbestimmen, daß ihre tarifpolitische "Handlungsfreiheit" beseitigt wurde. Diese Handlungsfreiheit war - abgesehen davon, daß sie kaum zu Lohnkämpfen benutzt wurde - vorher auch schon sehr fragwürdig gewesen. Denn sie verschleierte, daß Lohnerhöhungen - und sogar der Streik für sie - im Kapitalismus nur der Steigerung eines Massenkonsums dienen, durch den das Kapital seinen Profit erst realisieren kann. Deshalb liegt eine Erhöhung der Massenkaufkraft durchaus im langfristigen Interesse der Kapitalisten, während sie den kurzfristigen Profitinteressen manchmal widersprechen kann. Im 19.Jahrhundert war jede Lohnerhöhung für die Arbeiter lebensnotwendig. Der "Lebensstandard" der Arbeiter ist heute im Unterwchied dazu schon teilweise mit Ersatzbefriedigungen und unnützen Waren durchsetzt. Davon einmal abgesehen sichern Lohnerhähungen nur den Anteil der Arbeiter an dem durch die Erhöhung ihrer Arbeitsproduktivität erwirtschafteten Mehrprodukt. Daß sich dieser Anteil langfristig nicht zugunsten der Arbeiter verändert, liegt daran, daß die volkswirtschaftlichen "Werte" zwar gesellschaftlich (von den abhängig Arbeitenden) geschaffen, aber von den Kapitalisten und ihren Vertretern angeeignet bzw. in Verfügung genommen werden. Das ist die Ursache der "ungleichen Vermögensbildung" von Kapitalisten und Arbeitern. Es handelt sich also nicht um eine "ungerechte Verteilung", die durch höhere Lohnforderungen ("expansive Lohnpolitik") oder eine Umverteilung der Einkommen über den Staatshaushalt (z.B. stark ansteigende Steuern für hohe Einkommen, Sozialleistungen für untere Einkommensschichten) oder durch eine "Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" korrigiert werden könnte.

2. War es das Ziel der "Konzertierten Aktion", eine durch Lohnerhöhungen ungestörte Erhöhung der Profite und damit der Investitionen der Unternehmer zu ermöglichen, so wurden die Investitionen andererseits direkt durch steuerliche Erleichterungen ("Sonderabschreibungen") und durch einen staatlichen Sonderhaushalt ("Eventualhaushalt") angereizt. Diese Gelder wurden dazu verwendet, der Bauindustrie und anderen Industriezweigen, die für die Ankurbelung der Wirtschaftstätigkeit strategische Bedeutung haben, öffentliche Aufträge zu geben. Für den "Eventualhaushalt" wurden nicht etwa die Rüstungsausgaben gekürzt, sondern er wurde aus Krediten, einer Erhöhung von Verbrauchssteuern (Tabak z.B.) und einer Kürzung von staatlichen Sozialleistungen finanziert.

3. Neben "Konzertierter Aktion" und "Eventualhaushalt" wurden auch strukturpolitische Maßnahmen eingeleitet (Sanierung der Kohleindustrie). Die "Mobilität der Produktionsfaktoren" (Kapital und Arbeit), die nach den Worten des SPD-Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium, K.-D. Arndt, besonders wichtig ist, sieht so aus, daß den Kapitalisten günstige Investitionsmöglichkeiten in wirtschaftlich benachteiligten Gebieten geboten werden. Während die Arbeiter mit staatlicher Hilfe von einem Bundesland ins andere ziehen dürfen. Einziges Ziel der SPD-Politik ist es, die sozialen Nebenkosten, die durch die ungestörte Kapitalverwertung entstehen, vom Geld der Steuerzahler finanzieren zu lassen. Die SPD will alles - ob nun den technischen Fortschritt oder die Unternehmenskonzentration - nur "tragbar" machen. Ein Beispiel aus ihren "Perspektiven":

> "Die Entwicklung zu großen Unternehmens- und Betriebseinheiten ist wirtschaftlich so lange gerechtfertigt, wie der internationale technische Fortschritt im Zusammenhang mit dem Wettbewerb auf den Weltmärkten dazu zwingt. Eine wesentliche wirtschaftspolitische Aufgabe der nächsten Zeit wird es sein, die Folgen dieses Konzentrationsprozesses wettbewerbs-, verbraucher- und gesellschaftspolitisch tragbar zu machen."

4. Als viertes Element enthält die "Globalsteuerung" der Wirtschaft nach den Vorstellungen des SPD-Flügels der Großen Koalition Maßnahmen, um eine "Soziale Symmetrie" herzustellen. Eine Symmetrie zwischen Kapital und Arbeit ist ebenso wie deren "Gleichberechtigung", die SPD und Gewerkschaften durch die "Mitbestimmung" erreichen sollen, deshalb unmöglich, weil das Kapital auf der Ausbeutung und privaten Aneignung der gesellschaftlichen Arbeit be-

ruht. Die "Soziale Symmetrie" der SPD ist also zunächst eine Phrase, die den Arbeitern vorspiegeln soll, nach den hohen Gewinnen der Unternehmer in den letzten beiden Jahren kämen nun sie dran. Lohnerhöhungen von 8 - 1o% werden in der Tat von den Gewerkschaften nach der Bundestagswahl "erkämpft" werden (die IG-Metall hat sich schon mit den Unternehmern auf 8% geeignigt und ist von beiden Regierungsparteien dafür gelobt worden). Diese Lohnerhöhungen werden aber durch die wegen der Nichtaufwertung der DM zu erwartenden Preissteigerungen aufgezehrt werden.

Die sozialdemokratischen Vorstellungen zur "Sozialen Symmetrie" enthalten neben den scheinhaften Lohnerhöhungen eine ebenso scheinhafte "Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand". Die SPD sagt in ihren "Perspektiven", wer die "Hauptlast des Wiederaufbaus" getragen habe, müsse nun auch an den Ergebnissen stärkeren Anteil bekommen. Wie das ohne Enteignung der Kapitalbesitzer möglich sein soll, verschweigt sie. Von 1955 bis 1966 haben die westdeutschen Unternehmer ein Sachvermögen (Maschinen, Fabrikhallen usw.) von 6oo Milliarden DM angehäuft. Im selben Zeitraum haben die abhängig Arbeitenden ein "Vermögen" pro Haushalt bilden können, das für Arbeiter 2ooo DM und für Angestellte 8ooo DM beträgt. Was unter diesen Umständen eine "breit gestreute Beteiligung der Arbeitnehmer am privaten Produktionsvermögen der Volkswirtschaft" bedeuten kann, sagt die SPD ganz offenherzig: hier könnte eine stille Finanzierungsreserve für die Kapitalisten entstehen.

> "Die für eine wachsende Wirtschaft erforderlichen hohen Investitionsquoten der privaten Unternehmungen können auf die Dauer nur aufgebraucht werden, wenn sie sich neben einer angemessenen Selbstfinanzierung auf eine wesentlich breitere Finanzierungsbasis stützen."

Ebenso wie die Mitbestimmung soll eine Beteiligung am Sachkapital der Unternehmen die Arbeiter fest an das Unternehmen binden, in dem sie arbeiten; ihr Interesse soll mit dem des Kapitalisten übereinstimmen, und dafür werden sie mit ein paar Aktien oder "Investivlohn" (Teile des Lohns verbleiben als Anlage im Kapital des Unternehmens) oder mit dem erhebenden Gefühl abgespeist, daß ein paar Gewerkschaftsfunktionäre im Aufsichtsrat sitzen.

Wenn die Unternehmer und ihre Vertretung in Bonn, die CDU/CSU, dennoch etwas gegen "Soziale Symmetrie", "Mitbestimmung" und "Vermögensbildung" einzuwenden haben, so ist das nur so zu verstehen: die kurzfristigen Profit- und Machtinteressen der Unternehmer widersprechen dem langfristigen Interesse, das kapitalistische System stabil zu halten. Die SPD ist die Reformpartei des Kapitals - sie will das, was für den Kapitalismus in der Bundesrepublik langfristig gut ist: daß Arbeiterkinder besser ausgebildet werden, weil der automatisierte Produktionsprozeß bestimmte Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte stellt; daß es Sozialleistungen aller Art gibt, damit die Leute bei der Stange bleiben; daß die Arbeiter ein kleines Vermögen bilden können, damit "revolutionären Absichten der Boden entzogen und die freiheitliche Lebensform gesichert" ist (SPD-Verkehrsminister Leber).

Die politische Bedeutung der Wirtschaftslenkung

1. Die Wirtschaftspolitik der Großen Koalition verwendet Instrumente, die zur Lösung der Wirtschaftskrise Anfang der 3oer Jahre zum ersten Mal in den kapitalistischen Ländern erprobt worden sind: Investitionsförderung bzw. aus dem Staatshaushalt bezahlte Investitionen; Disziplinierung der Gewerkschaften, um Lohnforderungen zu verhindern oder herabzudrücken; schließlich - jedenfalls nach den Vorstellungen des SPD-Flügels der Großen Koalition - Ankurbelung des Massenkonsums, um die Konjunktur zu stützen. Z.B. versuchte der "New Deal" (etwa: Neue Verteilung) des Präsidenten Roosevelt in den USA, über wohlfahrts- und sozialstaatliche Maßnahmen (öffentliche Notstandsarbeiten, Erschließung wenig industrialisierter GEbiete usw.) das kapitalistische System erneut zu stabilisieren. Aber erst die Aufrüstung in Konkurrenz zu Hitler-Deutschland konnte die Wirtschaftskrise in den USA beseitigen. Die Unternehmer hielten sich nämlich mit Investitionen zurück, um den "New Deal" zu Fall zu bringen, der die Massenkaufkraft auf Kosten der Profite der Schwerindustrie stärken wollte. Von einer Erhöhung der Massenkaufkraft profitiert zunächst einmal nur die Konsumgüterindustrie. Die Schwerindustrie macht ihre sichersten Profite im Rüstungsgeschäft (die Grundlagenforschung für die Rüstungsproduktion wird staatlich finanziert und der Absatz der Produkte ist staatlich garantiert). Eine Umstellung auf staatlich finanzierte "Friedensproduktion" wäre ziemlich teuer, davon einmal abgesehen, ob die ungeheure Produktionskapazität der Schwerindustrie überhaupt für friedliche Zwecke in derselben Größenordnung verwendbar wäre. Im Unterschied zum "New Deal" löste der deutsche Faschismus die Wirtschaftskrise von vornherein durch verstärkte Rüstungsinvestitionen (einschließlich des strategisch wichtigen Autobahnbaus), einige sozialstaatliche Maßnahmen von im wesentlichen manipulativer Bedeutung und die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen.

2. Die Wirtschaftspolitik der Großen Koalition kann als eine Mischung von "New Deal" und faschistischer Wirtschaftslenkung beschrieben werden. Die Arbeiterorganisationen mußten nicht mehr erst zerschlagen oder geschwächt werden, sie ließen sich in das System des autoritär organisierten Kapitalismus widerstandslos einbauen. Offen terroristische Maßnahmen waren daher nur gegen die Randgruppen nötig, die gegen die Auflösung der liberal-demokratischen Reste im Institutionensystem der Bundesrepbulik aufbegehrten. Für den Fall, daß sich ein größeres Widerstandspotential bildet, sind die von der Großen Koalition verabschiedeten Notstandsgesetze gedacht.

Differenzen im Machtkartell der beiden Parteien, die den Faschisierungsprozeß in der BRD vorantreiben, lassen sich so erklären: auf der einen Seite stehen dijenigen Kräfte der SPD, die auf einen autoritären Sozialstaat hinauswollen, auf der anderen diejenigen Kräfte in der CDU/CSU, die den wirtschaftlichen Aufschwung zur außenpolitischen Expansion gebrauchen wollen. Dieser Unterschied hat sich bei den Auseinandersetzungen darüber gezeigt, ob die DM aufgewertet werden sollte oder nicht. Aber es hat sich auch gezeigt, daß dieser Unterschied relativ ist. Bundeswirtschaftsminister Schiller war z.B. lange Zeit gegen eine Aufwertung, die deutsche Waren im Ausland verteuern und damit den Export der deutschen Industrie herabsetzen würde. Erst als der Wahlkampf näherrückte, machte er sich für die Aufwertung stark, mit dem Argument, daß durch sie die Massenkaufkraft erhöht werden könnte. Der Zusammenhang ist folgender: bei einer Aufwertung der DM müssen die Kapitalisten nach Absatzmöglichkeiten im Inland suchen. Die Preise würden nicht steigen können. Zu erwartende Lohnerhöhungen könnten sich tatsächlich als Erhöhung der Inlandsnachfrage auswirken. Zugleich würden die Preise ausländischer Waren bei einer Aufwertung der DM sinken.

Die Verhinderung der Aufwertung durch CDU/CSU - bei der sich Bundesfinanzminister Strauß als "starker Mann" hervortat - lag im Interesse der exportorientierten Großindustrie. Die Krise 1966/67 wurde wie alle vorangegangenen konjunkturellen Rückschläge in der BRD durch einen Exportboom gelöst. Diesmal wird der verstärkte Export aber nicht durch Importe ausgeglichen. Die anderen kapitalistischen Länder haben mit Krisen zu kämpfen. Die Inflationsraten (Geldentwertung) in diesen Ländern sind höher als die in der BRD. Die westdeutsche Großindustrie nutzte ihre daraus entstehenden Preisvorteile auf den internationalen Märkten aus. Den für die internationalen Handelsbeziehungen gefährlichen deutschen Exportüberhang versucht sie auf ihre Weise zu bekämpfen - durch Export.Sie führt zunehmend solche Waren aus, die sie im Ausland nicht verkauft, sondern dort in Kapital verwandelt - also in Maschinen, Produktionsanlagen usw. Und sie führt Geldkapital aus, das sie im Inland nicht mehr investieren kann, um im Ausland Produktionsstätten zu errichten. Bundesfinanzminister Strauß hat, um diesen Kapitalexport zu erleichtern, steuerliche Vergünstigungen für die Gründung von Unternehmen und die durch sie erzielten Gewinne im Ausland durchgesetzt. Im Inland werden nach den Wahlen die Preise von den Unternehmern erhöht werden - über eine "Anpassungsinflation" wird das Gleichgewicht zwischen dem Wert der DM und dem Wert der ausländischen Währungen wiederhergestellt werden. Ein Nebeneffekt dieser Entwicklung wird sein, daß die Lohnerhöhungen praktisch aufgezehrt werden.

3. Im Ziel, der Stabilisierung des kapitalistischen Systems der BRD, sind sich SPD und CDU/CSU vollkommen einig. Die SPD verfolgt dabei die sozialstaatliche Variante - CDU/CSU und NPD verfolgen die imperialistische Variante, die den Profit- und Expansionsinteressen der Großindustrie dient und durch die Erzeugung einer nationalistischen Stimmung in der Bevölkerung abgesichert wird (die Bild-Zeitung schrieb während der Aufwertungsdiskussion: "Deutschland an die erste Stelle gerückt", "die DM muß hart bleiben" usw.). Die Differenz zwischen den beiden Regierungsparteien ist natürlich eher im Sinne einer Arbeitsteilung zu sehen. Aufgabe der SPD ist es ja gerade, durch sozialpolitische und andere Reformen den abhängig Arbeitenden weiszumachen, ihre Interessen würden "vertreten".

Außerdem verwischt sich auch dieser Unterschied bei dem Hauptexponenten des gegenwärtigen Kurses der SPD, Schiller. Er sagte auf dem außerordentlichen Parteitag der SPD im April in Bad Godesberg:

> "Die Bundesrepublik Deutschland ist aus ihrer Handelsposition heraus zur wirtschaftlichen Expansion verpflichtet. Hier paßt unsere Wirtschaftspolitik fugenlos zur Friedens- und Entspannungspolitik unseres Außenministers und Parteivorsitzenden Willy Brandt. Gerade an dieser Stelle zeigt sich wieder einmal, daß bei uns Außenpolitik und Wirtschaftspolitik aus einem Guß sind."

In der Tat dient die Entspannungspolitik bessere Möglichkeiten für Waren- und Kapitalexporte in Ostblockländer, und dies wiederum dient außenpolitischen Interessen der Bundesregierung.

Schiller führte weiter aus:

> "Wir befinden uns in einer Industriegesellschaft, die sich nur als Leistungsgesellschaft behaupten kann, die nur in der permanenten Steigerung ihrer Produktion, die nur im wirtschaftlichen Wachstum leben kann. Stillstand heißt hier Rückfall gegenüber anderen Nationen und Volkswirtschaften... Eine solche expansive Leistungsgesellschaft stellt hohe Anforderungen an die Politik. Die Politik muß immer wieder den Freiheitsraum sichern, in dem der einzelne als Unternehmer und Arbeitnehmer seinen Leistungswillen verwirklichen kann... Mit der dreifachen Konbination von Wirtschaft, Globalsteuerung und Wohlfahrtspolitik befinden wir uns auf der Höhe der Zeit."

Schiller sagt hier ganz deutlich, worin der "Freiheitsraum5 in der kapitalistischen Gesellschaft besteht: darin, daß man als Unternehmer seinen "Leistungswillen" durch Profitmacherei verwirklichen kann - und als "Arbeitnehmer" seinen "Leistungswillen" jeden Tag in Fabrik und Büro zeigen darf. Wohlfahrtspolitik ist deutlich als etwas gekennzeichnet, was die kapitalistische Expansion absichern hilft.

Schillers Politik wollte schon Erhard machen, der es aus verschiedenen Gründen nicht schaffte. Aber das Programm der "formierten Gesellschaft" von 1965 ist von der Großen Koalition verwirklicht worden; die "expansive Leistungsgesellschaft". Die Staatsvorstellung der SPD entspricht der technokratischen Variante, die die SPD im System des autoritär organisierten Kapitalismus vertritt:

> "Der Staat der modernen Industriegeselolchaft muß ein planender und koordinierender, ein fördernder und leitender Staat sein" ("Perspektiven).

Schiller begründet dies:

> "Nicht minder wichtig wird für die siebziger Jahre die Ordnungspolitik, die Gestaltung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung sein. In Zukunft wird die Vielfalt sozialer Regelungen - die Mischung aus Wettbewerb, staatlicher Globalsteuerung, öffentlichen Unternehmen und vielen anderen Sozialtechniken - noch sehrviel markanter und wichtiger sein. Die Mischung - und nicht ein einzelnes Merkmal - wird das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der Zukunft kennzeichnen. Angesichts dieser Tatsache kann man nur staunen, mit wlecher Unbekümmertheit in den neomarxistischen Texten die westlichen Wirtschaften in einen Topf geworfen und mit dem einheitlichen Etikett "Spätkapitalismus" versehen werden. Bei soviel Unbefangenheit ist es dann nur konsequent, daßman dort die Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft durch Drehen an nur einer Schraube - am Eigentum - zu erreichen hofft."

Dasselbe hat Schiller schon 194o geschrieben (Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Tübingen, S. 382):

> "Ich glaube, das Beispiel der deutschen Wirtschaftslenkung zeigt uns zur Genüge, daß diese Fragestellung überkommener sozialistischer Diskussionen heute überwunden ist und daß sich die Dinge in einer anderen Polarität als der Privateigentum-Staatseigentum bewegen."

(Schiller lieferte damals als Angehöriger des Kiler Instituts für Weltwirtschaft Expertisen für die großdeutsche Expansion: Überblicke über die Wirtschaftskraft der Länder, die dann besetzt wurden.)

Durch die Wirtschaftslenkung des deutschen Faschismus und die "Globalsteuerung" der Wirtschaft à la Schiller erübrigen sich in der Tat solche "sozialistischen" Forderungen, wie sie die Gewerkschaften des DGB in ihrem Grundsatzprogramm von 1963 aufstellten. Dort ist von einer gesamtwirtschaftlichen Planung die Rede, ohne daß gesagt wird, daß eine solche Planung, wenn sie im Interesse der abhängig Arbeitenden sein soll, die Beseitigung der abhängigen Arbeit, d.h. den Sturz des kapitalistischen Systems voraussetzt. Ohne diese Voraussetzung dient die "Globalsteuerung" oder Planifikation (Frankreich) der gesamtwirtschaftlichen Abläufe nur den Interessen des Kapitals. Sie wird immer dann aktuell, wenn die "eigengesetzlichen" Mechanismen der Kapitalverwertung durch staatliche Eingriffe korrigiert werden müssen, um den Widerspruch zwischen dem kurzfristigen Interesse der Kapitalisten an möglichst hohen Profiten und ihren langfristigen Interesse an der Stabilität des kapitalistischen Systems zu lösen.

Basisgruppe Bornheim - Arbeitskreis Parlamentarismus